

Die letzten Tage vor der Präsidentenwahl
Die Wahlurnen werden instand gesetzt

DANZIGER

Volkstimme

Verlagsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6. Postfachkonto: Danzig 2445. Fernsprechanruf bis 6 Uhr abends unter Sammelnummer 215 51. Von 6 Uhr abends: Schriftleitung 242 96. Danzian-Annahme Expedition und Frudere: 242 97. Preis: 3,00 G. wöchentlich 0,75 G. in Deutschland 2,50 Goldmark, durch die Post 3,00 G. monatlich. Für Abonnenten 3. Post. Anzeigen: Die Wochenschrift Seite 0.40 G. Restamende 2.00 G. in Deutschland 0.40 und 2.00 Goldmark. Abonnements- u. Anzeigenaufträge in Polen nach dem Danziger Tarifkurs.

23. Jahrgang

Donnerstag, den 3. März 1932

Nummer 53

Der Genat in der Gactgasse

Eine Etatsrede, die keinen Ausweg zeigte / Die verfahrenere außenpolitische Situation / Die Deutschehaltung Danzigs

Man pflegt den Reden, die von der Regierung bei Einbringung der Etats gehalten werden, eine besondere Bedeutung beizumessen. Man betrachtet sie, da sie Gelegenheit zu programmatischen Darlegungen geben, allgemein als sogenannte „große Reden“. Von den geistigen Ausführungen des Finanzministers im Reichstag läßt sich allerdings weder behaupten, daß sie eine „große Rede“ darstellten, noch daß sie programmatischen Charakter hätten. Groß war die Rede nicht, weil sie — von einigen schwachen Ansätzen abgesehen — vermied, sich mit den Problemen der Krise ernsthaft auseinanderzusetzen, und darum ging ihr auch jede programmatische Bedeutung ab. Es sei denn, daß man die angekündigte Fortsetzung der bisherigen Sanierungspolitik als Programm des Unternehmerrats betrachte. Darüber hinaus war aus den Darlegungen des Finanzministers in grundsätzlicher Beziehung nur zu entnehmen, daß man „fortwährend“ will. Man ist stolz darauf, daß man den Etat ausgleichend unter erheblicher Einschränkung der Ausgaben, besonders auf dem Gebiete der Sozialfürsorge sowie des Schulwesens und durch weiteren Abbau der Beamtengehälter und der Staatsarbeiterlöhne erreicht hat, aber wie man über diese rein negativen Leistungen zu der positiven Lösung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Krise kommt, darüber fehlt in der Erklärung der Regierung nicht nur jedes Wort, sondern auch die geringste Andeutung.

Es war eine Rede, die unsere finanzielle Situation darlegte, die wirtschaftlichen Verhältnisse kaum streifte und sich völlig darüber auswirkte, welche Stellung der Senat zu dem immer härteren Niedergang Danzigs einnimmt. Damit, daß man betont, den deutschen Charakter Danzigs zu erhalten, hat man den Wunsch und Willen, die Gemeinut aller Danziger, ausgesprochen, jedoch ist man damit weder einer Milderung, geschweige einer Lösung unserer allgemeinen Not entscheidend näher gekommen. Die Deutschehaltung Danzigs wird die selbstverständliche Pflicht einer jeder Regierung sein müssen, aber die Erfüllung dieser kulturellen Aufgabe steht voraus, daß der deutschen Bevölkerung auch wenigstens einigermaßen die wirtschaftliche Lebensgrundlage erhalten bleibt. Und darüber, wie die jetzige Regierung die Voraussetzungen dafür zu lösen gedenkt, das gehörte unbedingt zu dem in der Regierungserklärung angeschnittenen Thema „Deutschtum“.

Herr Hoppenrath hatte zwar einleitend betont, daß er „nicht die zahlreichen politischen und allgemein wirtschaftlichen Fragen erörtern, sondern sich in rein finanziellen Rahmen halten will“. Das ist, da die Staatsfinanzen mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung aufs empfindlichste verbunden sind, an sich eine reine Unmöglichkeit. Und tatsächlich hat Herr Hoppenrath sich auch, wie wir weiter unten darlegen, durchaus nicht von politischen und wirtschaftlichen Betrachtungen zurückgehalten, sondern diese im ausgiebigsten Maße eingestreut, wenn sie ihm in den Kram paßten und besonders zu mehr oder weniger bösmöglichen Seitenhieben auf die Sozialdemokratie geeignet erschienen.

In den Punkten, wo ernsthafte, sachliche politische und wirtschaftliche Auslassungen nicht nur am Platze, sondern auch notwendig gewesen wären, da verstummte die Redefähigkeit des Finanzministers. So unterließ eine eingehende Zielungsanfrage zu der dem Finanzminister doch sehr naheliegenden Frage der Eindämmung der riesig angewachsenen Arbeitslosigkeit. Nichts hörte man über Versuche zu Beschäftigung von Aufträgen und Arbeit, welcher bekanntlich der frühere sozialdemokratische Finanzminister sich stets bevorzugt und auch mit gutem Erfolge angenommen hatte. Herr Hoppenrath ist, wie in vielen anderen Fragen, leider auch nicht in diesem Punkte „errösend seinen Spüren gefolgt“, obwohl das der Dichter nicht einmal so neckisch doppeldeutig gemeint hat, wie es sich hier aus der politischen Farbenskala ergibt. Also nichts hörte man über die Erhaltung, geschweige Förderung der wirtschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten Danzigs. Selbst die Auswirkungen des sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskampfes mit Polen wurden kaum gestreift. Keine Unterbrechung, noch überhaupt Erwähnung von Möglichkeiten, aus denen gewisse Vermögensgegenstände der Regierung zur Milderung der Krise hätten herangezogen werden können. Und soweit dieser Punkt überhaupt gestreift wurde, ging daraus hervor, daß — wie in der anschließenden Wiedergabe der Einzelheiten der Rede näher dargelegt wird — gewisse Maßnahmen der Regierung sogar auf eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit hinauslaufen werden. Ueber die Pläne einer Arbeitsdienstpfligt, die damit ebenfalls in Verbindung stehen, schwieg sich die Regierungserklärung völlig aus. Herr Hoppenrath wird darauf hinweisen, daß er sich nur „rein finanziell“ habe äußern wollen. Das traf, wie bereits bemerkt, keineswegs zu, und wenn er wirklich diese Absicht gehabt hätte, wäre das, da der Finanzminister nicht nur finanziell, sondern auch wirtschaftspolitisch denken muß, von vornherein das Eingeständnis eines Fiascos.

Da die Regierung die übliche politische Einführungssatzung zum Etat ausfallen ließ, hätte sie um so mehr Veranlassung gehabt, ihre Auffassung zu den brennendsten, lebenswichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen in der Finanzrede klarzulegen. Warum tat man das nicht? Der Grund, warum man es unterließ, darf wohl nicht zuletzt darin gesehen werden, daß man kein klares Programm dafür hat, was zur Hebung der Wirtschaft geschehen kann und muß. Die „Kraftvolle“ Außenpolitik gegenüber Polen, die uns zur wirtschaftlichen und finanziellen Blüte führen sollte, ist mit einem schweren Niedergang verbunden. Angesichts der immer weiteren Zuspitzung der Gegensätze sind keine Anzeichen der Besserung, sondern vielmehr nur weiterer Verschärfungen gegeben. Auch der Senat wird sich jetzt selbst kaum noch dafür geeignet halten können, irgendwelche Aussichten auf Behebung der Mißbilligkeiten mit Polen zu eröffnen; son-

dern er wird zugeben müssen, daß „die Starre verfahren ist“, wie es noch nie der Fall war. Wie die Regierung unter den jetzigen Umständen die angekündigten Bestrebungen auf Erhöhung des Danziger Sozialanteils realisieren will, ist nicht recht ersichtlich.

Die außenpolitischen Möglichkeiten für eine Milderung unserer Not sind im wesentlichen verflüchtigt. Da die Parole der Nazis „Zurück ins Reich“ keine reale Lösung bietet, so bleibt zunächst nur die Frage, was wir in unserem eigenen Rahmen tun können. Und auch in dieser Beziehung hat die Regierung kein Programm geboten: sie dürfte dazu ernsthaft auch nicht in der Lage sein. Eine Regierung, die der jetzigen Krise mit reinen profitkapitalistischen Auffassungen gegenübersteht, unter deren Händen müssen sich die Dinge nicht bessern, sondern immer weiter verschlechtern. Das augenfälligste Beispiel bietet sie dafür auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, wo sie die Interessen der Hausbesitzer verfolgt, selbst auf die Gefahr hin, daß die Bauarbeiter und die vielen mit ihnen verbundenen Gewerbe der bauenden Erwerbslosigkeit überantwortet werden. Und so ähnlich sieht es mit

den anderen Scharfmacherrezepten wie Lohnabbau, Arbeitsdienstpfligt u. a. aus. Das ist keine Medizin zum Gesundwerden, sondern das sind Quacksalbereien, die uns völlig auf den Hund bringen müssen.

So muß man feststellen — und die Rede Dr. Hoppenraths hat es deutlich unterstrichen —, daß die derzeitige Regierung den Schwierigkeiten ohne fruchtbaren Gedanken gegenübersteht. Sie beschränkt sich auf einen akademischen Staatsausgleich, ohne damit gleichzeitig an die Lösung der grundlegenden wirtschaftspolitischen Fragen zu denken. Der Reichs-Büro-Senat ist in den entscheidenden Fragen in eine Sackgasse geraten. Er hat weder, wie es die geistige Rede des Finanzministers verdeutlicht, ein ernsthaftes positives Programm, noch hat er irgendwie einen Ausweg aus der schweren Wirtschaftskrise auch nur andeutungsweise gezeigt. Das ist das Fazit der geistigen Regierungserklärung. Es wird im Verlaufe der heute beginnenden Debatte noch stärker unterstrichen werden. Wenn auch die Regierung sich vor der zahlreichen Niederlage noch zu bewahren wissen wird, moralisch hat sie ihr Spiel längst verloren.

Die Ausführungen des Finanzministers

Einleitend machte Dr. Hoppenrath im Gegensatz zu der früher von seinen Regierungsfreunden bekundeten Auffassung, die Weltwirtschaftskrise als Ursache für die Verschlechterung der Verhältnisse in Danzig geltend. Er stellte dann fest, daß während des Rechnungsjahrs 1930 einen Preßbetrag von 12 Millionen aufwies, der bis auf 2,3 Millionen abgedeckt worden ist, im Rechnungsjahr 1931 ein zahlenmäßig gleiches Fehlbetrag von 15 Millionen vorhanden gewesen ist. Auch diese Feststellung zeigt, wie lächerlich das frühere Mißwirtschaftsgeheimnis gegen die Wirklichkeit gewesen ist. Dr. Hoppenrath sollte dann, nach einem

Versuch der Rechtfertigung der scharfen Sanierungsmaßnahmen,

zu einem Vorstoß gegen die Sozialdemokratie aus, „weil sie die Zwangslage der Regierung zu den schärfsten Angriffen benutzt hat“. Rühn behauptete er, daß die Opposition „irgendwelche besseren Vorschläge nicht gemacht habe und auch nicht hätte machen können“. Von links wurde ihm zugerufen: „Sie haben die Vorschläge ja alle niedergestimmt!“ Der Finanzminister glaubt sich zu seiner Verteidigung auch darauf berufen zu können, daß die gleichen Maßnahmen auch im Reich, und zwar mit Unterstützung der Sozialdemokratie, durchgeführt worden seien. Daß die Duldungspolitik der deutschen Sozialdemokratie, die sie zur Abwehr des Faschismus und damit der Katastrophe Deutschlands betreibt, noch lange nicht die Willigung des jetzigen Brünnings-Kurses einschließt, diesen Unterschied versuchte der Volksgemeinschaftsmann einfach wieder zu negieren.

Ganz ausfallend wurde der Finanzminister, als er sich — obwohl er angeblich nur rein finanziell sprechen wollte — mit dem Volkseinstand beschäftigte. Er meinte, daß

die Mehrheit der Danziger Bevölkerung bei diesem Volkseinstand der Regierung unmißverständlich ihr Vertrauen ausgesprochen habe?

Das Danziger Volk habe dadurch zu erkennen gegeben, daß es die harten und unpopulären Maßnahmen der Regierung versteht und würdigt. (Zuruf links: „Sie hätten sich nur zur Entschuldigung stellen sollen!“) Herr Hoppenrath versicherte es schließlich nicht, im Stile der üblichen Rundfunkreden von einer „sonderbaren Bundesgenossenschaft“ gegen die Regierung zu sprechen, was seine völkergemeinschaftliche Auffassung gerade nicht in einem guten Lichte zeigte. Er meinte auch, daß der Volkseinstand zu einem Rückschlag für die Opposition geworden sei. (Zuruf links: „Dann machen Sie doch Neuwahlen!“)

In seinen dann wieder auf das finanzielle Gebiet übergleitenden Ausführungen machte er das Eingeständnis, daß aus dem Jahre 1931 noch ein ungedeckter Fehlbetrag in Höhe von 4,5 Millionen vorhanden ist.

Mit stolzgeschwollener Brust behauptete er dann, daß die Regierung dem Volkstag auch für 1932 einen ausgeglichenen Etat vorlege. (Zuruf: „Genau so wie im Vorjahre!“) Er skizzierte dann den Rückgang der Staatseinnahmen. Die Einnahmen aus den Verbrauchsteuern werden für 1932 nur auf 20,3 Millionen gegen 23 Millionen für 1931 geschätzt, die aus Einkommensteuern auf 14,8 gegen 17,9 Millionen und die aus den Zöllen auf 7 Millionen gegen 12,6 Millionen. Die Zollverwaltung, deren Erträge in allen Staaten einen sehr wesentlichen Teil der Staatseinnahmen bilden, sei für Danzig eine Zuspitzungsverwaltung geworden. Eine Verringerung dieses unhaltbaren Zustandes herbeizuführen und Danzig zu einer angemessenen Weise an den Zolleinnahmen zu beteiligen, sei eine der nächsten vordringlichsten Aufgaben der Regierung. Die Vorarbeiten dazu seien beendet.

Die Ausgaben für Erwerbslose seien entsprechend dem bedauerlichen weiteren

Anzeigen der Erwerbslosigkeit

höher angelegt worden. Zur Förderung nach Arbeitsbeschaffung erklärte er, daß man von der Ausbringung der dazu erforderlichen Geldmittel durch Anleihen Abstand nehmen müsse, weil der Schuldendienst zu große Belastungen darstelle. Er glaubte dabei auch gegen die von der Sozialdemokratie in der letzten Einkommensteuer vorgeschlagene Wohnungsbauanleihe polemisieren zu müssen. Irigendwelche

anderen Vorschläge für die Arbeitsbeschaffung machte er jedoch nicht.

In sehr prononzierter Weise stellte er gegenüber den früheren gegenteiligen Behauptungen von deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite fest, daß die Union der vereinigten Sowjetrepubliken ihre Wechselverpflichtungen aus den Russenansparungen bisher voll und pünktlich erfüllt hat.

Die Regierung sei allen Möglichkeiten der Ausgabenersparnung nachgegangen. Weitere Minderungen seien nicht möglich, zumal schon vielfach an der Substanz gezehrt werde. Etwas doppeldeutig fehlte der Finanzminister hinzu:

„Auch bei der Erwerbslosenfürsorge und auf sozialem Gebiet gibt es Grenzen, die man nicht überschreiten darf, will man große Gefahren und schwere Schäden vermeiden.“

In diesen Ausführungen läge eine gewisse sozialsympathische Auffassung, wenn damit die Grenzen der Unterstützung mehr nach unten als nach oben gemeint sind.

In der Verwaltung wolle man auf dem Wege der Organisation noch Ersparnisse verzeichnen. So sei bei der Zollverwaltung an eine Einsparung von 200 bis 250 Köpfen gedacht.

Mit all diesen Maßnahmen sei ein Ausgleich noch nicht zu erreichen gewesen. Man habe den Ausgleich jetzt dadurch geschaffen, daß man zunächst

die Wohnungsbauanleihe für allgemeine Finanzzwecke härter heranzieht,

und zwar zu einem Betrage von 2,1 Millionen. Das sei jedoch nur als Provisorium gedacht.

Die Ausbringung des Defizits durch neue Steuererhöhungen hätte man nicht für zweckmäßig gehalten. Auch von einer

Erhöhung der Umsatzsteuer,

wie sie von Seiten des Beamtenbundes propagiert wurde, hätte man Abstand genommen. Hierbei offenbarte der Finanzminister die reichlich späte Einsicht, daß die Umsatzsteuer eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung, insbesondere der Bedürfnisse der breiten Massen, bedeute.

Zu der

Kürzung der Beamtengehälter

führte Dr. Hoppenrath im späteren Verlaufe seiner Rede noch aus, daß neben der Zurückführung auf die deutschen bzw. preussischen Sätze der Ausgleichszuschlag in Höhe von 6 Prozent wiederhergestellt werden soll. Da man jedoch eine Kürzung um 4 Prozent erreichen will, wird also der neue Abbau formal 10 Prozent betragen. Wie bereits mitgeteilt, soll diese Kürzung schon ab 1. April eintreten mit Ausnahme bei denjenigen Staatsbediensteten, deren Einkommen einschließlich Wohnungsgeld weniger als 300 Gulden beträgt. Für diese tritt die neue Kürzung ab 1. Juli 1932 ein.

Zum Schluß seiner Ausführungen legte der Finanzminister noch dar, warum Danzig nach Abgleiten des englischen Pfundes, auf dem unsere Währung bekanntlich aufgebaut war, zur selbständigen Golddeckung der Guldenwährung übergegangen ist. Er machte dabei die überraschende Eröffnung, daß es damals und vielleicht auch heute noch in Danzig manche Leute gibt, denen

eine kleine oder vielleicht auch größere Inflation gar nicht unangenehm gewesen wäre.

Ueber die Hintermänner derartiger verhängnisvoller Pläne schwieg sich der Finanzminister jedoch unangebrachtweise völlig aus.

Die Ausführungen des Finanzministers klangen dahin aus, daß es vor allem die Aufgabe der Regierung sei, dafür zu sorgen, daß Danzig deutsch bleibe, wofür er die Hebereimung aller Volkstreue ins Feld führte. Er überließ dabei allerdings, daß die sicherste Voraussetzung für die Deutschehaltung Danzigs die Hebung unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen ist, worüber seine Ausführungen leider völlig hinweggegangen sind.

Nach dieser Rede vertagte sich das Haus auf heute nachmittags 3½ Uhr. Die Parteien werden nunmehr das Wort haben.

Am Sonntag: Demonstrationsumzug durch die Stadt

Sammelpunkt 2 Uhr auf dem Hofe der Wiebenkaserne, Fleischergasse

Es gilt für Abrüstung und Völkerfrieden, gegen Gewaltpolitik und Kriegshetze einzutreten

Massen heraus! Bekundet euren Willen!

Zum Aufmarsch, der die Macht und Geschlossenheit der erwerbstätigen Bevölkerung zum Ausdruck bringen soll, müssen alle antreten

Männer und Frauen, Anhänger der Sozialdemokratie, Mitglieder der Gewerkschaften, der Sport- und Kulturvereine, werktätige Jugend beteiligt euch geschlossen

Danzigs Straßen müssen im Zeichen unseres Bekenntnisses stehen

Die letzten Angeklagten werden vernommen

Die Waffenverordnung ging sie nichts an

Die „Patrouillen“ der Nazis — Was ein „Zurückgebliebener“ ausjagt

Die Schilderungen der Vorgänge in der Neujahrsnacht, die die bisher vernommenen Nazis gaben, werden durch die gestern fortgesetzten Vernehmungen in wesentlichen Punkten nicht geändert. Das Interesse flaut allmählich ab, der Zuhörerraum war gestern nur sehr schwach besetzt. Das wird sich voraussichtlich erst beim Beginn der Zeugenvernehmungen ändern.

Der Angeklagte Grubba hat auf seinem Patrouillengang überhaupt keine Kommunisten entdeckt. Seine weiteren Aussagen finden bei dem Vorsitzenden keinen Glauben; ihm wird vorgehalten, daß er auch im Ermittlungsverfahren „dauernd hin- und hergelaufen“ hat. Trotzdem im SA-Heim während der Silvesterfeier dauernd über „Gefahren“ gesprochen wurde, will Grubba nichts von „Gefahren“, speziell aus der Richtung Viktoria-Garten, gewußt haben. Er bringt dabei zum Ausdruck:

„Ich dachte doch, die Kommunisten kommen zu uns, nicht, daß wir zu ihnen gehen würden.“

Aus Neugier will er dann später mit den anderen in den Viktoria-Garten hineingegangen sein. Es wurde gefungen, auch tönten die Rufe „Heil Hitler“ und „Deutschland erwache“. Im Garderobenraum sah er plötzlich neben sich in Kopfhöhe etwa einen Pistolenschuß, aus dem 2 bis 3 Schüsse nach dem Saal zu abgegeben wurden. Der Vorsitzende muß ihm erneut Widersprüche zu früheren Aussagen verhalten. „Meine Warnung, daß an die Wahrheit zu halten, scheint bei Ihnen wie auch bei anderen auf wenig fruchtbaren Boden gefallen zu sein.“

Der Nazi Werner sagt aus, daß Gerber im Laufe des Abends allgemein gefragt hätte, wer eine Waffe bei sich trüge. Werner hat dann zu Gerber gesagt:

„er werde sehen, ob er sich eine Waffe besorgen könnte.“

Der Führer Weber soll in diesem Augenblick nicht zugegen gewesen sein. Als Werner dann ohne Erfolg ins SA-Heim zurückkam und Weber meldete, daß er keine Waffe bekommen hätte, sagte dieser nur: „Nicht gut!“ Weber, dem als Führer

noch die Rechtsverordnung über Waffenbesitz usw. bekannt sein mußte, der also dafür zu sorgen hatte, daß das Verbot beachtet würde, war über die Meldung Werners anscheinend nicht erstaunt. Bei seiner Vernehmung hat er angegeben, daß das Tragen von Waffen im SA-Heim — auch im gewöhnlichen Anzug — verboten war.

Auch die übrigen Vernehmungen ergeben nicht viel Neues. Immer wieder wird aber nun behauptet, daß die Nazis mit Steinen beworfen und daß auch Schüsse gegen sie abgegeben worden seien.

Eine heitere Note in die ernste Affäre bringt der Angeklagte Löschnann, der in gewandten Worten erklärt:

„Ich bin zurückgeblieben.“

Er könne weder lesen noch schreiben, als Kind habe er die englische Krankheit gehabt, kurzum, er sei zurückgeblieben. Seine Vernehmung aber gab keinen Anhaltspunkt dafür, daß sein Geisteszustand von dem der übrigen Nazis abweicht. Im Gegenteil. Er ist sehr „auf dem Kien“ und wird mit allen gesährlichen Fragen geschickt fertig. Auch Löschnann erzählt von den mysteriösen Steinwürfen und Schüssen. Der Staatsanwalt erklärt jedoch, daß er bei der Besichtigung des Tatortes keine Steine bemerkt habe. Auch die Polizei habe nichts gesehen. Rechtsanwalt Weile meint, die Kommunisten könnten sie weggeschafft haben oder die Steine könnten auch den Berg heruntergefallen sein. Das gibt dem Vorsitzenden den naheliegenden Anlaß, einige Betrachtungen über das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ anzustellen.

Löschnann hatte für die Silvesterfeier

ein Stück von einer Autobede mitgenommen.

Er wird gefragt, was er denn damit gewollt habe. Zunächst erzählt er, daß er den Gummi-Wulst dazu verwenden wollte, um sich zu „verteidigen“. Später erklärt er zum allgemeinen Ergehen die Art seiner Verteidigungsabsichten. Er habe das Stück Gummi nicht etwa zum Schlagen gebrauchen wollen — um Gottes willen —, sondern bei einem Angriff der Kommunisten hätte er sich den Gummi-Wulst um die Hand gewickelt.

Gegen 2 Uhr wurde die gestrige Verhandlung beendet.

Die „Freunde“ der Fischer

In der gestrigen Volksstagsitzung ereignete sich am Rande der Staatsberatung ein Zwischenfall. Von der Linken wurde auf Grund einer vorstellig gewordenen Fischerdeputation beantragt, auch die schon lange vorliegenden Anträge auf Bewilligung von 40.000 Gulden zur Unterstützung der notleidenden Fischer auf die Tagesordnung zu setzen. Gegen die Behandlung dieses Antrages wurde jedoch ausgerechnet von deutschnationaler Seite Widerspruch erhoben, so daß sie nicht erfolgen konnte. Als zum Schluß der Sitzung beantragt wurde, diese Anträge in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen, stimmten die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Nationalsozialisten, die sich stets als Freunde der Fischer aufspielen, dagegen. Die Fischer, denen die frühere Linksbildung unter besonderer Einsetzung der Sozialdemokratie stets Hilfe zu bringen suchte, sehen erneut daran, was sie von den Versprechungen der Rechtsparteien zu halten haben.

Moderne Feuerwehre



Die neuesten Kielesleiter der Feuerwehr haben eine solche Höhe, daß eine Verankerung mit dem Wehmann an der Leiter Spitze durch Zurufe nicht mehr möglich ist. Man hat daher eine Telephonanlage in die Leiter eingebaut.

Der längste Tunnel Deutschlands

Der Präsident der Reichsbahndirektion Trier hatte Vertreter der Wirtschaft, Behörden, Hochschulen und der Presse zu einer Besichtigung des majestätischen Gleißbaues eingeladen, der gegenwärtig im Gochemer Tunnel ausgeführt wird. Dieser Tunnel ist mit einer Länge von 1203 Metern der längste Tunnel Deutschlands. Den Gästen wurden zunächst die Pläne des Tunnels, die Mängel und die beabsichtigten Verbesserungen erläutert. Die Tunnelöffnung wird in Bewegung gesetzt und durch einen Schacht von 4 Meter Durchmesser und 230 Meter Höhe etwa 1150 Meter vor dem Portal der Seite von Eller abgejagt. Sie erfordert einen jährlichen Kostenaufwand von 70.000 bis 75.000 Mark.

Die Erweiterung von einem Kilometer Gleiß und Bettung kostet 80.000 Mark, davon entfallen 62.000 Mark auf die Materialien und rund 18.000 Mark auf die Arbeitsausführung. Da jährlich im Durchschnitt 1,7 Kilometer erneuert werden müssen, so ist jährlich eine Ausgabe von rund 136.000 Mark erforderlich. Zur Sicherung der Arbeiter sind verschiedene interessante Vorkehrungen getroffen. Sämtliche Fahrten vom und zum Tunnel werden vereinbart. An die Fernsprechanlage sind vor den Portalen aufgestellte Posten eingeschaltet, die jede Vereinbarung abhören müssen und keine Fahrt in den Tunnel gestatten, von der sie keine Kenntnis haben. Die Außen- und Innenposten kündigen durch Hornsignale das Herannahen eines Zuges an.

Ein Kieles-Brutto

Eine jugoslawische Genossenschaft für Eierverwertung hat in Novi-Bras einen Kieles-Brutto nach amerikanischem Plan errichtet. Der Apparat ist imstande, in einem Arbeitsgang nicht weniger als 16.000 Eier auszubrüten und zählt damit zu den größten seiner Art in ganz Europa.

Das Ende der Gewerbefreiheit

Einführung von Handwerkerkarten — Schwere Strafen für Uebertretungen

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat der Senat eine Rechtsverordnung erlassen, die die Einführung von Handwerkerkarten bringt. Wer ein Handwerk selbständig betreiben will, muß durch Vorlegung einer Handwerkerkarte den Nachweis erbringen, daß er die Berufsbefähigung dieses Handwerks besitzt. Wer bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Freistaat ein Handwerk selbständig betreibt, muß seine Arbeit einstellen, wenn er den Voraussetzungen für die Ausstellung einer Handwerkerkarte nicht genügt. Die Handwerkerkarte wird nur auf Antrag und auf Grund der nachgewiesenen Berufsbefähigung erteilt. Die Berufsbefähigung ist nachgewiesen, wenn der Antragsteller in dem Handwerkszweig, den er selbständig betreiben will oder betreibt,

1. die Meisterprüfung bestanden hat, mindestens aber die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen besitzt, oder nach einer mindestens dreijährigen Bezeit die Gesellenprüfung bestanden hat und mindestens 10 Jahre hindurch als Handwerksgehilfe oder in leitender Stellung tätig gewesen ist;

2. oder mindestens 3 Jahre hindurch eine Ausbildung als Facharbeiter in einem Unternehmen der Industrie oder des Handels genossen, die Gesellenprüfung bestanden hat und 10 Jahre hindurch als solcher oder in leitender Stellung tätig gewesen ist;

oder 5 Jahre hindurch in einem solchen Unternehmen als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen ist;

3. das Reifezeugnis einer staatlich anerkannten Fachschule oder einer Hochschule, welche die Fachkenntnisse für den Handwerkszweig vermittelt, besitzt.

Kann der Antragsteller seine Berufsbefähigung nachweisen, so ist die Berufsbefähigung auch in einem anderen

Handwerkszweig, den er betreiben will oder betreibt, als nachgewiesen anzusehen, wenn er fünf Jahre hindurch persönlich diesen Handwerkszweig selbständig ausgeübt hat oder während einer gleich langen Zeit in diesem als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen ist.

Inhaber oder Leiter von Industrie und Handelsunternehmen bedürfen der Handwerkerkarte nicht. Handwerksbetriebe können nach dem Tode des Inhabers von den Erben fortgesetzt werden.

Wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Handwerk ohne die erforderliche Handwerkerkarte betreibt, wird mit Geldstrafen bis zu 3000 Gulden im Unvermögensfalle mit Haft und im Wiederholungsfall mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Die Verordnung tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft.

Entscheidung über Ein- und Ausfuhr-Befristungen beantragt

Die polnische Regierung hat beim Hohen Kommissar des Völkerbundes auf Grund des Artikels 23 des Pariser Vertrages eine Entscheidung in der Frage von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für Waren auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig in Abänderung der Bestimmungen des 6. und 7. Teiles des Warschauer Abkommens vom 21. Oktober 1921 gestellt. Der Hohen Kommissar hat nach vergeblichem Verjahren die Danziger Regierung zur Stellungnahme aufgefordert.

Die Korruption bei den Rechtsradikalen

Für die Ordnung an den Universitäten — Die Beratungen des preussischen Landtags

Der preussische Landtag beriet am Mittwoch in erster Lesung die neue Disziplinarordnung für Studenten. Nach der Einführungsrede des Kultusministers Grunne trugen die Rechtsradikalen ihre Kräfte vor. Sie nicht der berühmten studentischen Freiheit durch das neue Disziplinarrecht irgendwie zu nahe getreten würde. Eine Beschränkung, die um so grundloser ist, als sämtliche Hochschullektoren sich mit der Vorlage einverstanden erklärt hatten.

Der sozialdemokratische Redner Schaefer erinnerte daran, daß bis zum Jahre 1900 jeder Student, der sich sozialdemokratisch irgendwie betätigte von den Universitäten entfernt worden ist. Im übrigen seien die Studenten sämtlich Stipendiaten der Allgemeinheit;

nur auf Kosten der Volksmassen könnte ihre Ausbildung durchgeführt werden.

Wenn daher die nationalsozialistischen Studenten die Universitäten jetzt überall zu Ruine und Verfall bringen und nachher — mit nordischer List — die Verantwortung dafür von sich abwälzen, so sei es allerdings gebieterische Pflicht des Staates, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Schulpflicht zu sorgen.

Diesem Standpunkt schlossen sich die anderen Regierungsparteien an. Der Entwurf wurde schließlich dem Unterrichtsministerium überwiesen.

Der Landtag erledigte dann noch eine lange Reihe von Auswahlsachen, von denen sich die meisten auf Korruptionsfälle in der agrarischen Bewegung der Provinzen bezogen. So hat Direktor Hagemann von der Pommerischen Hauptgenossenschaft, wie Abg. Kuntner (Soz.) als Berichtserhalter des Rechtsausschusses vortrug, fünf Jahre lang infamistisch die Zollbehörde um mehr als eine Million begaunert.

An Gehalt hat dieser Hagemann 54 000 Mark im Jahre bezogen, aber 18 000 Mark hat er nur versteuert.

Jetzt hat er sich freiwillig einer Steuerstrafe von 100 000 Mark unterworfen. Obwohl bei den Betrügern fünf Jahre lang fällige Güter geführt worden sind, hat die erste Gerichtsinstand die Schulden nur wegen fahrlässiger Verzögerung verurteilt. Dadurch, daß die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt hat, erübrigte sich bis auf weiteres eine Beschlussfassung des Parlaments. Ueberflüssig zu sagen, daß in diesen und allen anderen Fällen die Rechtsradikalen ihre korrupten und blutschmeckenden Mitglieder zu schützen suchten. Weiterberatung Donnerstag.

Der Schmauengefang der „Harzburger Koller“

Der Stahlhelm bellt sich über die Großschnauzigkeit Hitlers

Der politische Referent des Landesverbandes Braunschweig im Stahlhelm, Kreppe, machte auf einem staatspolitischen Abend der Deutschnationalen Volkspartei bemerkenswerte Mitteilungen über die Verhältnisse innerhalb der „nationalen Front“. Kreppe erklärte, daß seine Informationen nicht mehr als vertraulich betrachtet zu werden brauchen.

Die Kandidatur Hitlerbergs sei — so führte Kreppe aus — nur deshalb ins Auge gefaßt worden, weil die Deutschnationalen Volkspartei und der Stahlhelm die nationalsozialistischen Bedingungen von Harzburg auf keinen Fall hätten annehmen können. Hitler habe in Harzburg erklärt, in einem Vierteljahr werde er die Herrschaft in Preußen in der Hand haben. Diese Voraussetzung sei in keiner Weise eingetroffen. Von den Nationalsozialisten seien nach der Übernahme der Macht im Reich und nach einem Siege bei der Reichspräsidentenwahl die Posten des Reichsministers, des Außenministers, des Finanzministers und des Innenministers verlangt worden. Augenblicklich und dem Stahlhelm habe man lediglich die Verwaltung der Finanzen in die Hand geben wollen. So habe man die Deutschnationalen und den Stahlhelmvertreter zu Völkern der Nazis machen wollen, während die Nationalsozialisten die Macht allein in der Hand gehalten hätten. Hitler habe sogar über den Fortbestand des Stahlhelms keine bindenden Versprechungen abgegeben wollen.

Aus diesen Gründen hätten Deutschnationalen und Stahlhelmer die Kandidatur Hitlerbergs auf keinen Fall unterstützen können. Wenn Hitler etwas anderes angenommen habe, so habe er sich eben gründlich getri.

„Es geht um alles“

Der Führer des deutschen Zentrums appelliert an die Staatsgewalt

Auf einer Vertreterversammlung der Berliner Zentrumsgruppe hat der Parteiführer Kaas, der in der vergangenen Woche in der Reichstagsdebatte nicht das Wort ergriffen hatte, in einer großen Rede über die Bedeutung und die Tragweite des 12. März gesprochen. Er erklärte: „Es geht um alles. Es geht um alles das, was wir in mühseliger Arbeit in den letzten 12 Jahren nach einem namenlosen Zusammenbruch geschaffen haben. Der Weg der letzten 12 Jahre ist zwar ein Kreuzweg, aber kein Irrweg gewesen. Es ist jetzt, daß der Volksstaat sich aufrichtet und von seiner Macht Gebrauch macht. Es ist jetzt, daß alle verantwortlichen Stellen nicht nur dann eingreifen, wenn die Flammen schon aus dem Dach schlagen, sondern daß sie den kleinen und großen Brandstiftern schon dann auf die Finger schlagen, wenn sie das Brandmaterial zusammentragen.“

Die Staatsgewalt müsse, wenn sie überhaupt Staatsgewalt sein wolle, vor allem gegen jene vorgehen, die den Knüttel, Schlagring und Revolverkoffer in die politische Auseinandersetzung hineingetragen haben, aber nicht gegen jene, die sich bisher ehrlich und vorbehaltlos auf der Linie des rein geistigen Kampfes gehalten haben.“

Von Nazis erschossen

An einer einsamen Stelle der Landstraße nach Halle wurde der Gastwirt Glaser aus Eichen erschossen. Der Ueberfallene, der als kommunistischer Funktionär in der Gegend bekannt war, wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschleppt, wo er bald nach seiner Entlassung starb. Obwohl alle Umstände darauf hindeuten, daß es sich um eine neue Bluttat der Nazis handelt, sieht das hiesige Volksblatt seinen Lesern ein Märchen von einem kommunistischen Mordmord auf.

Bierstreik zusammengebrochen

Der Berliner Bierhott ist im Laufe des Mittwochabend zusammengebrochen. Zahlreiche Gaststätten haben im Hinblick auf die angebotenen Vermittlungsvorschläge und auf die Stimmung des Publikums den Bierhott aufgegeben. Bald danach, gegen 11 Uhr abends, hat die Lokalkommision der Gastwirtevereinigung Berlins nach mehrstündiger Verhandlung den Bierstreik beschlossen. In den meisten der in der Lokalkommision vertretenen Einzelorganisationen war noch am Nachmittag die Weiterführung des Streiks beschlossen worden.

Die englische Zerstörer-Verordnung, die den Export von Zerstörern nur für Import- und Reizeckzwecke gestattet, ist aufgehoben worden. In Erwartung der Aufhebung dieser Verordnung wird der Handelsverkehr in den letzten Tagen durchweg fest.

Gefahr für die öffentliche Gesundheit

Unglaubliche Zustände — Das Ende der Krankenversicherung auf dem Lande

Die systematische Unterschlagung der Krankenkassenbeiträge durch die ländlichen Arbeitgeber hat auf dem Lande zu Verhältnissen geführt, die geradezu ein Skandal sind. Nach wie vor werden den Arbeitern die Krankenkassenbeiträge vom Lohn abgezogen, von den Arbeitgebern jedoch nicht an die Krankenkasse weitergeleitet. Wenn der Versicherte das Geld hat, so wird es, muß er es, sondern

Arzt und Apotheke aus eigener Tasche bezahlen,

was bei dem geringen Lohn der Landarbeiter sicherlich nicht leicht ist. Die Kasse ist verpfändet, diese Gelder zurückzuerhalten. Doch die bedauernswerten Leute bemühen sich sehr oft vergeblich darum. Die Kassenscheiter der Landkrankenkasse Großes Werder sind oft eine ganze Woche lang geschlossen. Bis zu 60 Personen haben stundenlange Wege gemacht, um nach Neuteich zu kommen und das für Arzt und Apotheke vorausgelegte Geld erstatet zu erhalten. Sie kamen vergeblich, denn die Kassenscheiter blieben geschlossen. Vier- bis fünfmal ist in einigen Fällen dieser stundenlangen Weg vergeblich gemacht worden.

Jetzt, wo auch die Zentrumsarbeiter unter dieser Mißwirtschaft zu leiden haben, regt sich auch die „Danziger Landeszeitung“ über die unhaltbaren Zustände bei den Landkrankenkassen auf. Sie schreibt von himmelstreichenden Zuständen, man könne es nicht begreifen, daß solche Dinge überhaupt möglich seien und seit Monaten andauern. Die Abschüttelung der Krankenkassenbeiträge werde bewußt sabotiert und es scheint, daß unter gewissen Kreisen von Arbeitgebern geradezu Vereinbarungen getroffen worden sind, die Krankenkassenbeiträge nicht abzuführen. Es sei allerdings die Zeit, daß der Senat hier sofort und mit allen Mitteln durchgreife.

Von „roter Mißwirtschaft“ ist jetzt mit keinem Wort mehr in dem Zentrumsblatt die Rede, während noch bei der Krankenkassenwahl der Kampf vom Zentrum unter der Parole „Gegen die rote Mißwirtschaft“ geführt wurde. Wie hat der katholische Arbeitersekretär Biechke, der bei dem Zentrumsarzt in Neuteich sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, damals über die „rote Mißwirtschaft“ geteilt und diese als die Quelle der Finanzschwierigkeiten hingestellt. Der Kampf gegen die „rote Mißwirtschaft“ hatte eine besondere Ursache, denn die bisherigen Leiter der Landkrankenkasse Großes Werder hatten die

„Fernbehandlung“ und die Schließungen in der Neuteicher Apotheke zur Anzeige gebracht, nachdem Landkassenmitglieder zuerst auf diese Betrügereien aufmerksam gemacht hatten. Damit nun die in der Affäre beteiligten Zentrumsleute, auch der Apotheker Stuhmann, ein eifriger Zentrumsmann, möglichst glimpflich davonkommen, haben die Zentrumsleute in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern den Kampf gegen die freien Gewerkschaften geführt. Da dieser Kampf nicht zu dem gewünschten Ziele führte, unterstellte man die Krankenkassen dem Landrat Ding, darauf bald ein

Staatsbeauftragter mit der Leitung der Kasse beauftragt wurde.

Die Organe der Kasse wurden kassiert.

Hatten die ländlichen Völkler bis dahin wenigstens noch ein und wieder die Krankenkassenbeiträge abgeführt, weil die Organe der Kasse Zwangsmaßnahmen ergreifen, so hörte nunmehr, nachdem der Staatsbeauftragte die Kasse übernahm, die Abführung der Beiträge nahezu gänzlich auf. Die ländlichen Völkler erwarteten von dem neuen Leiter der Krankenkasse, der durch Senator Ding eingesetzt war, daß er jede Zwangsmaßnahme unterlassen werde. Die Folge ist, daß die Krankenkasse ihre Schalter schließen muß, weber ihren Verpflichtungen nachkommen kann, noch den Versicherten die Gelder zurückzahlt, die sie selbst an Arzt und Apotheker bezahlen mußten. Die Kasse wäre heute noch in der Lage, ihren Verpflichtungen voll und ganz nachkommen zu können, wenn die ausstehenden Beiträge gezahlt werden.

Eine halbe Million Gulden Beiträge sind rückständig, demgegenüber 2000 Gulden Schulden stehen.

Der Staatsbeauftragte ist anscheinend nicht in der Lage, die Kasse zu verwalten. Es wäre deshalb an der Zeit, die ordnungsgemäß gewählten Organe der Kasse wieder in Tätigkeit treten zu lassen. Wären sie weiter in der Kasse tätig geblieben, hätten die Verhältnisse nicht ein so katastrophales Ausmaß angenommen.

Das Zentrumsblatt fordert das Eingreifen des Senats. Wenn dieser die Verhältnisse der Krankenkassen auf dem Lande prüfen wolle, dann wird er gut tun, sich einmal mit der Frage zu beschäftigen, welche Rolle in diesem Skandal der neugewählte Landkassenführer, der Nazi Dr. Kausch, spielt.

Die Beschäftigung der Saisonarbeiter

Danziger Parallelarbeiter

Das Gesetz über die Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft vom Jahre 1929 ist vom Senat wie folgt geändert: Landwirtschaftliche Wanderarbeiter dürfen eine Arbeitsstelle nur antreten, wenn sie im Besitze einer Wanderarbeitserlaubnis sind. Die Genehmigung darf nur für Ackerbauarbeiten, die sich auf den Anbau von Getreide und Getreidefrüchten sowie von Getreideerzeugnissen und nur für einen Zeitraum zwischen dem 15. April und dem 15. November jedes Jahres erteilt werden. Einer Genehmigung bedarf es auch dann, wenn die Tätigkeit des landwirtschaftlichen Wanderarbeiters nur teilweise in Ackerbauarbeiten besteht. Bei der Festsetzung der Zahl der neuzugeworbenen Wanderarbeiter ist neben der Größe der Anbaufläche von Getreide und Getreidefrüchten die Zahl der ständig beschäftigten Landarbeiter zu berücksichtigen.

Dem Arbeitgeber sind vom Landesarbeitsamt bei der Erteilung der Genehmigung „Danziger“ Landarbeiter für die gleiche Dauer der Beschäftigung der Wanderarbeiter auszuweisen (Parallelarbeiter).

Es sollen nur Arbeiter von gleichem Geschlecht zugewiesen werden, ihre Zahl darf die der bewilligten Wanderarbeiter nicht übersteigen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Parallelarbeiter gegen tarifliche oder beim Fehlen eines Tarifes gegen ortsübliche Löhne zu beschäftigen. Soweit Arbeiten auszuführen sind, bei denen die Verdrängung im Akkord üblich ist, müssen sie auch gegen angemessenen Akkordlohn verrichtet werden. Wenn eine Beschäftigung infolge Witterungsverhältnissen nicht möglich ist, haben die Parallelarbeiter lediglich Anspruch auf Unterkunft und Verpflegung in Natur. Wird Unterkunft und Verpflegung nicht gewährt, so hat der Arbeitgeber entsprechendes ortsübliches Entgelt in bar zu zahlen.

Ausnahmen von den Bestimmungen sind nur mit Zustimmung des Senats oder der von ihm beauftragten Dienststelle zulässig.

Die Genehmigung zur Beschäftigung von Saisonarbeitern kann ganz oder teilweise zurückgezogen werden, wenn der Arbeitgeber seinen Verpflichtungen bezüglich der Beschäftigung Danziger Arbeiter nicht nachkommt, und ist zu widerrufen, wenn sie sonst nicht oder nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Die Genehmigung kann bedingt und widerruflich erteilt werden.

Werden die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter vom Arbeitgeber nicht gegen Krankheit versichert, so ist dieser verpflichtet, ihnen im Falle ihrer Erkrankung die notwendige ärztliche Versorgung — einschließlich Apothekenversorgung — zu gewähren.

Deutschland hat die Beschäftigung polnischer Saisonarbeiter gänzlich unterbunden mit Rücksicht auf die riesige Erwerbslosigkeit einheimischer Arbeiter. Durch die Verordnung des Senats soll für den Reisestand die Zahl der polnischen Saisonarbeiter anscheinend eingeschränkt werden. Die Völkler sollen für eben Polen auch einen Danziger einstellen.

Auf die Einzelheiten der Verordnung werden wir noch zurückkommen.

Unser Wetterbericht

Wolkig, teils heiter, leichter Frost, tags milder

Allgemeine Uebersicht: Das Hochdruckgebiet wies heute Südrussland. In seinem Bereich dauert der Strahlungssturm noch an. Ueber Mitteleuropa liegt eine flache Furche niederen Druckes, die das Tief über der Barentsee mit der niederenen Druck des Mittelmeergebietes verbindet. Zunehmende Bewölkung und Ausbreitung wärmerer Luft in hohen Schichten hat hier den Frost gemildert. Im Rücken der Depression bringt bei steigendem Druck polare Luft über Island und dem Nordmeer Südrussland.

Vorherige für morgen: Heiter, später Bewölkungszunahme, schwache Winde aus Südost bis Südwest, leichter bis mäßiger Frost, tags milder.

Ausichten für Sonnabend: Wolkig, milder.

Maximum des letzten Tages: — 0,7 Grad. — Minimum des letzten Nachts: — 10,1 Grad.

Die Danziger Feuerwehr wurde gestern, Mittwoch, gegen 10.43 Uhr nach der Heiligen-Geist-Strasse 81 gerufen. Dort brannten im Keller Holzwohle Aken und Kellerrampel. Um 12.12 Uhr brannten im Hause Wilschke 18 Lampen über einer eisernen Kochmaschine Ein Nebenbrand beschäftigte in der vergangenen Nacht um 0.08 Uhr die Feuerwehr in der Gr. Dehlmühlengasse 8. Heute vormittag um 10.30 Uhr mußte die Feuerwehr nach dem Kaiserhafen hinaus, wo in einem Holzkontor der Firma Holzindikat Feuer ausgebrochen war. Das Feuer ist zur Stunde noch nicht gelöscht.

Die Ausstellung von Hafenarbeiterkarten

Eine Verordnung des Senats

Der Senat erläßt im heutigen Geheißblatt eine Verordnung über die Ausgabe von Hafenarbeiterkarten. Es wird darin folgendes festgesetzt: Auf Grund des § 1 Ziff. 32 des Ermächtigungsgesetzes vom 1. 9. 1931 (G.B. S. 719) wird folgendes mit Geheißkraft bestimmt: § 1. Die Verdrängung von Hafenarbeit im Danziger Hafen ist nur Arbeitnehmern gestattet, die im Besitze einer gültigen Hafenarbeiterkarte sind. Welche Arbeiten zu Hafenarbeiten zu rechnen sind, bestimmt der Senat. § 2. Die Hafenarbeiterkarten gibt das Landesarbeitsamt aus. Das Nähere über Erteilung und Entziehung sowie über Art der Ausgabe, die Form der Karte und ihre Gültigkeitsdauer wird durch besondere Verordnung des Senats bestimmt. Für die Ausstellung der Karten kann eine Gebühr erhoben werden. § 3. Ueber Beschwerden wegen Vergabung und Entziehung der Hafenarbeiterkarte entscheidet der Sachausschuß für den Hafenbetrieb beim Landesarbeitsamt. § 4. Die Hafenarbeiterkarte verliert ihre Gültigkeit, wenn sie nicht in Zeiträumen von je 2 Monaten durch Anstempelung vom Landesarbeitsamt verlängert worden ist. § 5. Mit Geldstrafe bis zu 1000 Gulden oder Gefängnis bis zu 3 Monaten wird bestraft, wer dem § 1 zuwider ohne Hafenarbeiterkarte im Hafen Arbeiter beschäftigt oder Arbeit ausführt. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Landesarbeitsamtes ein. § 6. Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft.

Blutprobe auf Alkohol

Unfälle durch Trunkenheit

Die schwedische Polizei hat seit einiger Zeit ein von dem bekannten Forscher Professor Widmark erfundenes Verfahren eingeführt, mit dessen Hilfe durch eine Blutprobe einwandfrei festgestellt werden kann, ob ein Mensch unter dem Einfluß von Alkohol steht. Diese Untersuchung ist in erster Linie wichtig bei Verkehrsunfällen, da gerade in Schweden Jahrgangsgelenker, die durch Trunkenheit Unfälle verursachen, außerordentlich schwer bestraft werden. Professor Widmarks Verfahren gibt die Möglichkeit, bereits ein Quantum von 5 Gramm Alkohol im Blut einwandfrei festzustellen.

Verleihung der Rettungsmedaille. Der Wachmeister der Schutzpolizei Walter Mühlerath aus Danzig-Bangasfur hat am 5. Juli 1931 einen unbekannt gebliebenen Mann vom Tode des Ertrinkens in der Ostsee bei Danzig-Heubude mit Mut und schärfster Entschlossenheit unter Lebensgefahr gerettet. Der Senat hat dem Retter die Rettungsmedaille verliehen.

Die Capitol-Lichtspiele geben heute in einem Inserat bekannt, daß bis zum 8. März die Gutscheine der Straßenbahnbesitzer eingelöst werden. Ab 9. März werden die Eintrittspreise um die Hälfte gesenkt.

Danziger Standesamt vom 2. März 1932

Todesfälle: Ehefrau Paulina Klekowsky geb. Wysocki, 65 J. — Eisenbahnarbeiter Felix Wiskniewski, 39 J. — Sohn des Kellners Kurt Steinmüller, 4 J. — Sohn des Arbeiters Bruno Radtke, 1 J. 18 Tg. — Schmiedegewerkschafter Albert Scholz, 65 J. — Ehefrau Diane Frischke geb. Lupelom, 54 J. —

Wasserstandsnotizen der Stromweiche

vom 2. März 1932

	1. 3	2. 3		1. 3	1. 3
Kraak	— 254	— 254	Romw Sack	— 174	+ 168
Zimisch	— 140	+ 140	Prempel	— 192	— 191
Wachau	— 125	17	Wachau	— 055	— 151
Stoll	— 130	126	Wachau	— 09	— 093
			gestern	heute	
Thorn	— 152	+ 150	Mor. Jauerwige	133	+ 135
Jordan	— 132	+ 130	Bredel	100	— 103
Seim	— 048	+ 048	Dreikau	159	+ 160
Graubenz	— 134	+ 140	Einlage	208	+ 206
Kurzebrad	— 236	+ 228	Schwenkbrad	230	+ 228

Ständer der Stromweiche vom 2. März 1932. Von Kraak bis Kilometer 240,5 (unterhalb Grudziadz) Eisstand mit Wälfen. Von hier bis Kilometer 82,0 Eisstand. Unterhalb Kilometer 82,0 bis 897,0 (St.-Montan) Eisstand mit Wälfen. Ab dann bis Kilometer 922,5 (201,5) Eisbede; anschließend bis zur Mündung schwaches Eis und Bruchstücke. Eisabtrieb in See gut. Eisabdruck bis Kilometer 241,5.

Ständer der Danziger Hafenweiche vom 2. März 1932. Keine Eisfrier. Hafen Jungelstreifen. Schiffsahrt unbehindert. Teile Weiche oberhalb Eisenbahnbrücke Eisbede. Schiffsahrt eingestellt.

Verantwortlich für die Redaktion: Fritz Weber, für den Druck: Anton Becker, beide in Danzig. Druck und Verlag: Danziger und Verlagsgesellschaft m. b. H., Danzig, am Spandauer 6.

Die Firma „Schnieke“ und „Strotz“

Der Heilkundige von der Stempelstelle

Naçi-Geundheitskräutersee — Die „höchsten Glücksgüter“ auf Stottern

„Die höchsten Glücksgüter der Menschheit sind Gesundheit und Schönheit. Der Mann, der das sagt, schwenkt in der Hand eine Brennstäbe. Er hat nicht viel Zeit, denn durch den langen, engen Korridor der Kleinbürgerwohnung im Osten der Stadt schallen Rufe, die ihm gelten.“ Es kommt heute darauf an, die Sachlage zu erkennen und sich entsprechend umzustellen. Sie sehen ja selbst: wir sparen! Wir sind sozusagen „Wilde“. Ich bin ein „wilder Friseur“ und mein Sozias ist ein wilder ... Aber das wird er Ihnen selbst erläutern! Sie sehen: ich habe keine Zeit. Aber er wird Ihnen schon ein paar Minuten widmen können, denn seine Patienten kommen erst später!“

Schon ist der junge Mann im weißen Friseurittel verschwunden.

Schon ist man allein, in einem geräuschdurchschwulsten Vorraum und Wartezimmer. So primitiv das alles ist, ist man doch gespannt auf die Worte des „Sozias“.

Ich befinde mich nämlich in der Wohnung eines der prominentesten Berliner wilden Stempelfriseurs, dem seine Kunstschaff den Epitheton „Schnieke“ verliehen hat und eines ganz merkwürdigen Heilkundigen „Strotz“, der jedoch nicht in die Reihe der vielen tausend Berliner Kurpfuscher einzureihen ist. Hier „verschönern“ und „kurieren“ die zwei. Hierher kommen die Menschen, die „der Menschheit höchste Glücksgüter“ erwerben wollen. Alle aber wenigstens bei weitem die meisten sind arbeitslos. Diese Wohnung liegt ja auch in unmittelbarer Nähe einer Stempelstelle und eines Arbeitsnachweises!

Herr „Strotz“, der tatsächlich vor Gesundheit jählich „strotzt“, kommt gleich zur Sache.

„Ich bin“, sagt er, „kein Heilkünstler

und schäme es sehr daneben, wenn man mich dafür hält. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß die Lücke in unserer medizinischen Geschichte, die unbeschränkte Kurierfreiheit (mit Ausnahme der Geschlechtskrankheiten) für jeden Bürger, dem Kulturstandpunkt der Südkontinentalen entspricht, keineswegs aber dem des deutschen Volkes. Die Auswirkungen sind ja auch verheerend genug! Es ist eigentlich unglaublich, auf welche horribelstumpen Dummheit gerade bei Heilswindlern die aufgeklärte Berliner Bevölkerung dauernd hereinfällt. Ja, es geht soweit, daß es — sage und schreibe! — nationalsozialistische Heilmittel von Blutsch-fabrikanten gibt. „Mena-Varia“ heißt eine solche Naçi-Geundheitskräutermarke!

Nein, mein Amt hier ist, Nervosität zu beheben! Die Krankheit der meisten Kranken dieser Umgebung ist die „Stempelpsychose“, durch die man unbedingt zum Hypochond-der wird und sich alle möglichen Gebrechen einredet! Ich bin soweit medizinisch vorgebildet, daß ich erkenne: Echt und Unecht! Wirklich Kranke schicke ich zum Arzt, aber fünfund-achtzig Prozent aller Patienten kann ich gegen ein geringes Entgelt beruhigen und ihnen harmlose Schlaf- und Beruhigungs-mittel verordnen!

Mein Sozias, der, wie Sie ja wissen, die Leute „Schnieke“ und „St“ macht,

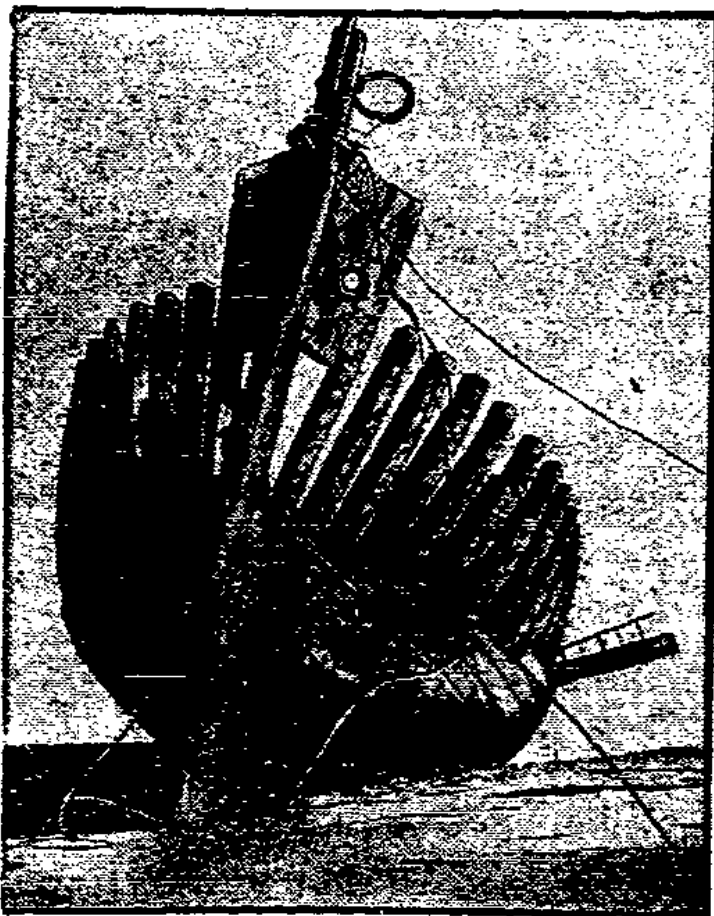
geht bei seiner Arbeit von der Voraussetzung aus, daß „Blühendes Aussehen“, die unerlässliche Vorbedingung für Stellungsuchende ist! Für Stellungsuchende wohlgerichtet! Denn wir haben ja das Abzahlungs-system eingeführt, das wohl als das originalste Berlins angesehen werden kann! Während der „Renovierungszeit“ zahlen die Kunden Schniekes nur bei jeder Behandlung einen Bruchteil der regulären Summe. Erst, wenn sie eine Stellung gefunden haben, be-ginnen sie, abzustottern. Wir haben bisher recht gute Erfolge mit dem System erzielt. Bitte vergißt einer nicht, der ein-mal in der Tinte saß. Natürlich schreibe ich eine Kategorie der Arbeitslosen für uns aus, die Apathischen nämlich, die sich gar nicht mehr um Arbeit bemühen. Aber wer ein „Indentageliner“ und wer ein wirklich Stellungsuchender ist, das hat man ja rasch heraus!

Mein Sozias Schnieke und ich arbeiten uns in die Hand.

Die Bleichen, von der zermürbenden Viel-zu-viel-Zeit erschöpften Menschen, die mich konsultieren und die ich dann beruhige, schicke ich gleich zwei Türen weiter zu Schnieke, der sie dann „St“ macht.

Verlassen Sie sich darauf, erst das Bewußtsein, gesund zu sein, nicht schon äußerlich hinter den anderen, glücklicheren zurückzusehen, verleiht dem Stellungsuchenden die nötige Sicherheit, ohne die noch nie jemand eine neue Stellung erhalten hat. Ja, die höchsten Glücksgüter der Menschheit...

War einst zu fernem Gefilden gefahren ...



Sobald ein Schiff nach jahrelangem Gebrauch feuergefährlich geworden ist, wird es abgewrackt. Die Metallteile werden zum Teil wieder verwendet oder eingeschmolzen. Nur ein trauriges Holzwrack bleibt auf dem Strande liegen, von dem sich die Armen Bettler zum Feigen abreißen. — Ein Schiff-Schrott im Hamburger Hafen, das wie ein uraltes Piratenschiff aussieht.

Da ich diesen Ausspruch bereits von dem wilden Friseur „Schnieke“ erfahren habe, verabschiede ich mich von dem anderen „wildem“ Wohltäter der Menschheit und gehe ...

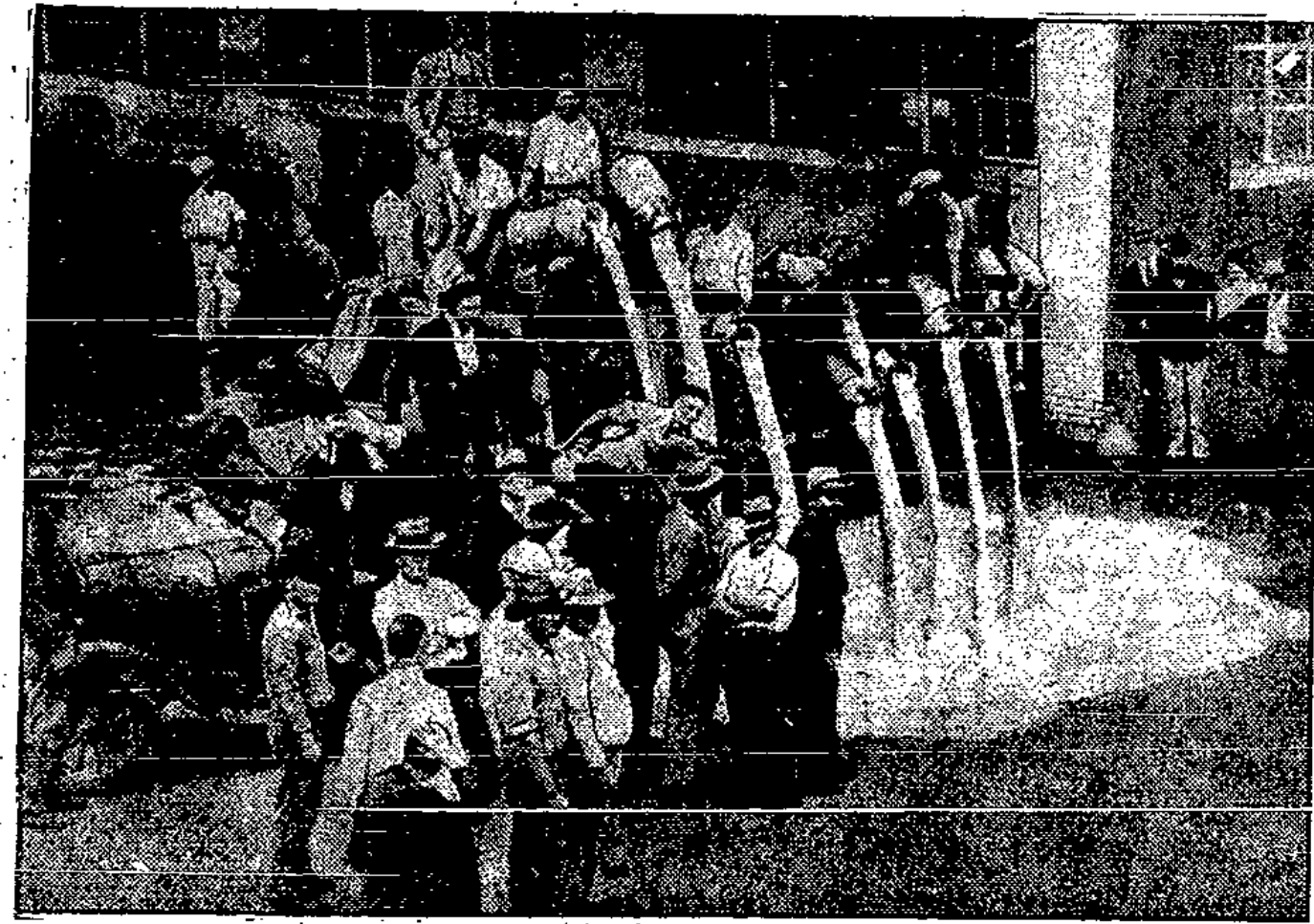
Auf der Treppe begegnet mir eine außerordentlich gut „aufgemachte“ junge Dame. „Na“, frage ich, „auch zu Schnieke?“

Renovieren lassen?

Bisshen Fassade auffrischen?!

„Ach“, entgegnet die Schöne resigniert, „das hat ja alles seinen Zweck. Als ich noch mit meinem vermaushtem Profil, mit meinen entgleisten Gesichtszügen auf die Menschen los-gelassen wurde, war viel eher was los. Ob man als häßliche Naçheule vor Hunger verreckt, oder in Schönheit stirbt, ist ja so egal!“

Georg Quellenbeck.



7000 Liter Milch werden verschüttet!

Das geschieht in einer „christlichen Welt“, in der Millionen Kinder hungern um gegen die Herabsetzung der Milchpreise in Texas (USA.) zu protestieren, ver-gossen die Mitglieder der Süd-Texas-Milchgesellschaft 1500 Gallonen (6800 Liter) Milch. Das Ausgießen ge-schah vor den Häusern der-jenigen Einwohner, die als Urheber der Preisfestsetzung betrachtet wurden.

Wenn Lindberghs Baby verschwindet ...

Amerika steht Kopf!

Ein Erpressungsversuch — Lindbergh soll 50000 Dollar zahlen

Amerika ist über Nacht in lurchbare Aufregung ver-setzt: Charles August Lindbergh junior, das 19 Monate alte Baby des amerikanischen Ozeanfliegers Lindbergh, wurde in Hope-well (New Jersey) aus der Wohnung seiner Eltern geraubt und bis jetzt noch nicht wiedergefunden. Die amtlichen Stellen nehmen den Fall sehr ernst: innerhalb zwei Stunden würden in einem Gebiet von der doppelten Größe Deutsch-lands sämtliche Polizei- und Truppenreserven bis auf den letzten Mann mobilisiert, um an der Aufklärung des Falles zu arbeiten. Der Polizeipräsident von New York hat die Oberleitung der Aktion. Ueber die Motive des Kindes-raubs ist noch nichts bekannt. Voraussichtlich wird sich auch der Kongress mit dem Fall beschäftigen. Ein Antrag fordert, daß die Bestrafung von Menschenraub in die Gesetzgebung aufgenommen werden soll.

Auf einer an Oberst Lindbergh gerichteten Postkarte wurde Lindbergh in Druckbuchstaben mitgeteilt, daß sein Kind gesund und wohlbehalten sei. Lindbergh werde noch besondere Anweisungen erhalten, nach denen er sich zu richten habe.

50 000 Dollar Lösegeld

Oberst Lindbergh erhielt die Mitteilung, daß für sein Kind 50 000 Dollar Lösegeld gefordert werden. Die Eltern des Kindes sind bereit, diese Zahlung zu leisten.

Der Staat New Jersey hat eine Belohnung von 10 000 Dollar für die Ergreifung der Räuber ausgesetzt. Präsident Hoover hat in Washington mit dem Generalstaatsanwalt über die Entführung des Kindes Lindberghs beraten.

Noch ein Kind verschwunden

Der junge Sohn eines reichen Unternehmers namens

James de Jute in Miles (Ohio) ist auf dem Wege zur Schule von Unbekannten in einem Kraftwagen entführt worden.



Um dieses Baby geht der Lärm

Das kleine Söhnchen des Ozeanfliegers, Charles Augustin

Devisenschieber in Berlin

Der Staat um 800 000 Mark betrogen

In Berlin wurde ein Kaufmann Ludwig Ringwald fest-genommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Ring-wald soll den Staat durch Devisenschieberungen um 800 000 Mark geschädigt haben.

Bier in U. S. A.

Der Gouverneur des U.S.A.-Staates Rhode-Island unter-zeichnete ein Gesetz, das den öffentlichen Verkauf von drei-prozentigem Bier zuläßt. Ferner lehnt die Verwaltung von Rhode-Island die Durchführung der allgemeinen Polizei-maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Prohibition ab. Praktisch bedeutet diese Bestimmung, daß die gesamte Pro-hibitionsüberwachung vom Bund ausgeübt werden muß.

Rotlandung eines Flugzeuges. Das Flugzeug des Ber-liner ägyptischen Konsulates mußte gestern mit dem Piloten El Gibry Mohamed Elvi und Heinrich Gurneman an Bord auf dem Fluge nach Kairo bei Wels in Oberösterreich eine

Notlandung vornehmen, wobei das Flugzeug schwer be-schädigt wurde. Die Flieger wollen nach Erledigung der Ausbesserungsarbeiten den Flug über Italien fortsetzen.

Jetzt wird es ernst

Ein Selbstmord unter dem Gelächter der Zuschauer

In der deutschsprachigen Gemeinde Dolansmett (Kanton Dolan) veranstaltete dieser Tage ein Viehhändlerverein eine Theatervor-stellung, der ein beifallsstündiges Publikum beizwohnte. Man lachte viel und herzlich. Nach der Vorstellung betrat zu allgemeiner Ueberraschung ein neunjähriger Burche namens Ludwig Mezei, der selber mitgespielt hatte, noch einmal die Bühne und richtete an das Publikum die Worte:

„Bisher habt ihr gelacht, jetzt wird es ernst!“ Die Leute lachten noch mehr, als Mezei das Gewehr, das in dem Bühnenfund eine Rolle gespielt hatte, gegen seine Brust richtete. Erst als ein Schuß trachte und ein Blutstrahl die Bretter der Bühne rot färbte, erstarrte das Lachen. — In den Tischen des jungen Mannes wurde ein Fettel gefunden, in dem er die Lat auf einen Familienzwist zurück-führt. Er wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus ge-bracht.

Der deutsch-polnische Außenhandel 1931

Nach den letzten veröffentlichten Angaben des Statistischen Hauptamtes in Warschau hat sich der deutsch-polnische Waren-austausch unter Berücksichtigung der hauptsächlichsten Waren-gruppen im Jahre 1931 folgendermaßen gestaltet (in Millionen Zloty):

Gesamteinfuhr 1931: 350,2 (1930: 605,8)

Lebensmittel 1931: 24,4 (1930: 29,8), tierische Erzeugnisse 22,6 (32,3), Baumaterialien und keramische Erzeugnisse 8,4 (16,7), Mineralien und Erzeugnisse 21,7 (51,8), anorganische Chemikalien 11,9 (31,8), organische Chemikalien 41,4 (60,3), Farben, Farbstoffe und Lacke 8,4 (10,4), verschiedene chemische Artikel 6,7 (8,1), Metalle und -erzeugnisse 32,3 (61,1), Maschinen und Apparate 49,4 (88,8), elektrotechnische Materialien und Apparate 22,8 (36,6), Verkehrsmittel 7,1 (18,5), Papier und -erzeugnisse 19,8 (28,8), Bücher, Druckschriften und Kunstdrucke 11,8 (12,9), Textilien 31,5 (55,5), Kleidung und Konfektionswaren 4,9 (8,0), wissenschaftliche Instrumente, Schulgerät usw. 12,4 (19,9).

Gesamtanfuhr 1931: 315,2 (1930: 626,0)

Lebensmittel 1931: 123,4 (1930: 227,4), Tiere 21,2 (24,1), tierische Erzeugnisse 24,8 (29,0), Holz und Holzwaren 24,8 (168,7), Pflanzen und deren Teile 21,0 (23,8), Brennstoffe und ihre Derivate 6,7 (11,8), anorganische Chemikalien 12,0 (16,1), organische Chemikalien 10,3 (12,9), Metalle und -erzeugnisse 46,1 (79,5), Textilien 8,6 (18,6).

In der polnischen Gesamteinfuhr nahm Deutschland im vergangenen Jahre mit 24,6 Prozent nach wie vor die erste Stelle ein. In der polnischen Ausfuhr wurde Deutschland mit 16,8 Prozent zum ersten Male von England (17 Proz.) überflügelt. Gegenüber dem Jahre 1930 war Deutschlands Anteil am polnischen Außenhandel wie in der Ausfuhr, so auch in der Einfuhr gesunken. (1930 belief sich die Einfuhr aus Deutschland auf 27,0 Prozent der polnischen Gesamteinfuhr, die Ausfuhr nach Deutschland auf 25,8 Prozent der polnischen Gesamtanfuhr). Die Handelsbilanz war für Deutschland 1931 mit 44,0 Mill. Zloty aktiv, nachdem sie im Jahre 1930 mit 20,8 Mill. Zloty für Deutschland passiv gewesen ist.

Die Sicherung der deutschen Ernte

Die Meinung des Reichskommissars für die Daphne

Auf einer Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wies Reichsminister Dr. Brüning-Schönningh auf die Gefahren hin, die der deutschen Landwirtschaft und der gesamten deutschen Volkswirtschaft drohen, wenn nicht alle zur Verfügung stehenden Betriebsmittel eingesetzt werden würden, um eine möglichst große Ernte zu erzielen. Wenn die sich in der Umgestaltung befindlichen Betriebe durch ungenügende Düngung in diesem Jahre schwere Betriebsverluste erlitten, so müsse er als Reichskommissar für die Daphne heute schon jede Verantwortung für die Folgen ablehnen. Auch außenpolitisch werde das Reich durch ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln aus eigener Produktion gefährdet. Der Minister wies den Gedanken einer Preisgarantie zurück. Derartige Garantien bedeuteten ein Abgeben von den privatwirtschaftlichen Prinzipien, für deren unbedingte Aufrechterhaltung die Landwirtschaft jenseits jenseits eintrete. (!) Aber der Reichsregierung das besondere Kapitalrisiko, das bei der Ernte in diesem Jahre den Landwirten drohe, bekannt sei, sei sie bemüht, eine gesunde Kalkulationsbasis zu schaffen und diese Risiken weitgehend zu vermindern.

Polnisches Einjahrskredit für Landmaschinen. Wie die „Gazeta Handlowa“ mitteilt, wird die Gründung eines Einjahrskredits für Landmaschinen in Polen geplant. Landmaschinen, hauptsächlich Ernte- und Mähmaschinen, werden nach Polen in den letzten Jahren für etwa 20 Millionen Zloty jährlich eingeführt.

Ermäßigung des schwedischen Diskontsatzes. Die schwedische Reichsbank ermäßigt mit Wirkung vom Donnerstag, den 2. März 1932, ihren Diskontsatz von 5½ auf 5 Prozent. Der Satz von 5½ Prozent war seit dem 19. Februar d. J. in Kraft. Auch in Deutschland trägt man sich mit dem Gedanken, den Diskontsatz um 1 Prozent zu senken.

Der Kalkonzern, der den ostbayerischen Braunkohlenbergbau beherrscht, weist für das verfloßene Jahr einen Reingewinn von 5,2 Millionen Mark aus, gegenüber 7,3 Millionen Mark im Vorjahr, trotzdem die Kohlenförderung und die Bruttoerzeugung stark zurückgegangen sind. Die Abschreibungen sind wesentlich erhöht worden und zwar von 6,3 Millionen Mark im Vorjahre auf 7,7 Millionen Mark.

Die letzte Stunde vor Einführung des englischen Zolltarifs



Der Hochbetrieb an den Londoner Börsen am Einführungstag des 2. Februar

Schon 5 Uhr trat der neue Zolltarif in Kraft, der England nach 100-jähriger Freihandels zu einem Schutzzolltarif machte. Zolltarifregeln herrschten im Londoner Hafen ein Reglementierung des Schiffs, die ihre Zahlung noch zeitlich zu leisten hatten.

Aus dem Osten

Mord im Kreise Österode

Der Sohn verhaftet

Der Siebter Buchholz in Lindenberg wurde gestern abend erschossen. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß der Schuß durch das Fenster erfolgt ist. Ueber die Person des Täters schweben Vermutungen, doch sind die Ermittlungen der Landstriminalstelle zur Zeit in vollem Gange und noch nicht abgeschlossen.

Nachforschungen der Nordkommission führten zu der Verhaftung des Sohnes des Besitzers. Anlaß zu der Verhaftung gab besonders der Umstand, daß zwischen Vater und Sohn in der letzten Zeit ein gespanntes Verhältnis bestanden habe.

Die blutigen Arbeitslosenmarchen in Königsberg

Ein Konkreteprozeß — 24 Angeklagte — 83 Zeugen

Vor dem Königer Amtsgericht hat der Prozeß gegen die Teilnehmer an den blutigen Arbeitslosenmarchen in Königsberg am 21. Januar d. J. begonnen. Es sind 24 Personen angeklagt, die vorwiegend deutsche Namen tragen. Ihnen wird Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie Zerstörung der Büroräume im Rathaus und nahezu sämtlicher Fenstergehänge zur Last gelegt.

Hauptangeklagte sind ein gewisser Pöplinski, Nabolun und die Bäckerin Broblewska, die die Menge aufgewiegelt haben sollen. Alle Angeklagten sind der Ansicht, sich der von der Anklage angeführten Straftaten nicht schuldig gemacht zu haben.

Während der Zusammenkünfte mit der Polizei kam es, wie leicht festgestellt wurde, zu dramatischen Szenen, die ein Beweis für die Verarmung der Menge sind. Mehrere Angeklagte sahen ihre Röcke ab und hielten den Polizeibeamten die entblößte Brust mit der Aufforderung hin, doch mit den Bajonetten auszuheben. Man hörte: „Es lebe der Sozialismus, Kommunismus, die Bajonette und es lebe Hitler!“ Als nun der Vorsitzende des Gerichts die Angeklagten fragte, „wählten, wer eigentlich Hitler sei, verneinten sie diese Frage.“

Die Vernehmung der Angeklagten ist zu Ende geführt. Es sind noch 83 Zeugen zu vernehmen. Die Verhandlung wird mitteln noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Entsetzlicher Tod einer Greisin

Unzulänglicher Betriebsführung die Ursache

Beim Akkordarbeiten war bei der Landwirtin Frau Etag in Palsow (Kreis Lötzen) die 65 Jahre alte Franziska Knapke beschäftigt. Die Frau kam dem ungeführten Betriebe der Drechsmaschine zu nahe, so daß die Kleider erfaßt und die Frau mehrmals gegen den Boden geschleudert wurde. Sie erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß sie nach einer Stunde starb. Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß die Schuld an dem Unfall die Besitzerin Etag trägt, die es unterlassen hatte, für ausreichenden Betriebschutz Sorge zu tragen. Es wurde gegen sie Strafantrag gestellt.

Beim Eislauf erstickten

In Krottschitz in der 10 Jahre alte Joseph Nowicki auf dem kleinen Stadteis Schlittschuh gelassen und brach infolge der schwachen Eisdicke ein. Da keine rechtzeitige Hilfe zur Stelle war, ertrank der Knabe unter dem Eise.

Ein Rechtsanwalt zu Gefängnis verurteilt

Der Briesener Rechtsanwalt Marjan Eppicht hatte sich wegen Unterschlagung von etwa 130 000 Zloty vor dem Thurner Amtsgericht zu verantworten. Er hatte sich das Geld unrechtmäßig als Kontrollverwalter und auch als Rechtsanwalt von seinen Klienten angeeignet. Das Gericht erkannte ihn für schuldig und verurteilte ihn zur Gesamtfürsorge von zwei Jahren und einem Monat Gefängnis.

Straschenschlacht bei Königsberg

Schießerei zwischen Nazis und Kommunisten Zwei Tote

In Tannenwald, dicht vor den Toren Königsbergs, hat sich am Dienstagabend ein blutiger Vorfall ereignet, dem auch Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Nationalsozialisten hatten eine Versammlung, an der auch etwa 200 Kommunisten, darunter gegen 150 aus Königsberg, teilnahmen. Nach Schluß der Versammlung sollen nun die Kommunisten — nach Angabe der Tannenwalder Landjäger — den Versuch gemacht haben, die nach Hause gehenden politischen Gegner zu überfallen. Bei dieser Gelegenheit eröffneten sie Feuer auf die den Versammlungsbesuchern als Schutz mitgegebenen Landjäger und bearbeiteten die Zivilpersonen mit Knüppeln, Faustkugeln und dergleichen. Die Landjäger haben in ihrer Bedrängnis von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Die in den Toren stehende Frau Minna Karl aus Tannenwald, Mutter dreier Kinder, die Kommunistin sein soll, wurde durch einen Kopfschuß auf der Stelle getötet; ein aus Königsberg stammender Kommunist, der Weidmann heißen soll, wurde so schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustand nach dem Königsberger Städtischen Krankenhaus geschafft wurde. Ferner wurde noch ein Tannenwalder namens Garra schwer verletzt. Die Zahl der Leichtverletzten steht noch nicht fest, da zahlreiche von den Kommunisten fortgeschafft worden sind. Der Arbeiter Fritz Grund aus Königsberg, der ebenfalls einen Kopfschuß erhielt, ist im Städt. Krankenhaus in Königsberg verstorben.

Von einem Bullen aufgespießt

In Katalis (Kreis Posen) kürzte der an epileptischen Anfällen leidende 60 Jahre alte Landwirt Friedrich Klinker im Stall, wobei er von einem Bullen aufgespießt wurde. Der Bedauernswerte starb bald danach.

Panik unter den Sehtenpredigern

Großer Leichtsinn verursacht Dinerexplosion

In Frögenau (Kr. Österode) gab der Besitzer D. eine halbe Flasche Brennspiritus auf das Holz in einem eisernen Ofen und zündete an. Sofort schoß eine mächtige Stichflamme aus der geöffneten Tür. Schnell schlug nun D. die Tür zu, und im nächsten Augenblick erfolgte eine mächtige Detonation, der Ofen explodierte und hüllte die ganze Stube in Rauch und Schutt. In dem Zimmer hielt gerade ein Sehtenprediger seine Predigt ab. Unter den Anwesenden entstand eine Panik, vor allem, da auch noch der große Kachelofen zusammenfiel und man glaubte, daß unter seinen Trümmern mehrere Kinder begraben seien. Tatsächlich kam auch, als man den Schutt forträumte, eine Schülerin, schwarz wie ein Negar, aber doch wohlbehalten, hervor. So blieb es bei dem Materialschaden, den großer Leichtsinn verursacht.

Geschwister wegen Blutschande verurteilt

Je sechs Monate Gefängnis erhalten

Vor dem Warschauer Amtsgericht hatten sich der 27 Jahre alte Edward B. und seine 25jährige Schwester Sophie wegen Blutschande zu verantworten. Sie hatten in ganz jungen Jahren die Eltern verloren und lebten darauf, nach vorübergehender Trennung, wie Mann und Frau. Dem Verhältnis entsproß ein Kind weiblichen Geschlechts. Nach einigen Jahren trennte sich das Geschwisterpaar abermals und jeder heiratete. Bei dieser Trennung kam es jedoch zu einem Austritt, wobei das Zusammenleben der Geschwister aus Tageslicht kam.

Die Gerichtsverhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu je sechs Monaten Gefängnis.

An den Börsen wurden notiert:

Für Devisen:

Danziger Devisen vom 2. März. Telegramm. Auszahlungen New York 1 Dollar 5.1311—5.1414, Warschau 100 Zloty 57.53 bis 57.65, Zürich 100 Franken 96.35—99.55, Schied London 17.86—17.90, Banknoten: 1 amerik. Dollar 5.1224—5.1326, 100 Zloty 57.54—57.65.

Der Kurs der Reichsmark, der täglich von der Bank von Danzig für kleinere Beträge bis zu 300 Reichsmark, die aus dem Reiseverkehr stammen, festgesetzt wird, beträgt heute 121,68 Geld und 121,92 Brief.

Warschauer Devisen vom 2. März. Amer. Dollar 8.88 — 8.90 — 8.86; Holland 359,75 — 360.65 — 358.85; London 31.10 — 31.25 — 30.95; Kopenhagen 172,25 — 173.11 — 171.39; New York 8.914 — 8.948 — 8.194; New York Kabel 8.919 bis 8.939 — 8.899; Paris 35.12 — 35.21 — 35.38; Prag 26.41 bis 26.47 — 26.35; Schweiz 173,00 — 173.49 — 172.57.

Im Freiverkehr: Berlin 211,90. Tendenz uneinheitlich. Warschauer Effekten vom 2. März. Bank Politi 88 bis 87; Starachowice 6, Haberbusch 10, Bauprämienanleihe 36½, 4proz. Investitionsanleihe 89,50, Serientanleihe 95,50, 5proz. Konversionsanleihe 98, 6proz. Dollaranleihe 57,50 bis 57, Stabilisierungsanleihe 56,50 — 56,50, 10 proz. Eisenbahnanleihe 104. Tendenz uneinheitlich.

Polscher Effekten vom 2. März. Konversionsanleihe 98,50, 8proz. Anleihe 90,50, 8proz. Dollarsamortisationsbriefe 69, Roggenbriefe 12,25, 4proz. Investitionsanleihe —, Bank Politi 88,50. Tendenz ruhig.

An den Produkten-Börsen

In Danzig vom 2. Februar. Weizen, 128 Pfund 14,75; Roggen, Konsum 14,60; Roggen, Export 14,20; Gerste, feine 15—15,75; Gerste, mittel 14—14,75; Futtergerste 13,50 bis 14; Roggenflocke 9,00; Weizenflocke 9,00—9,25.

In Berlin am 2. März. Weizen 244—246, Roggen 193 bis 195, Frangierne 178—186, Futter- und Industrieernte 167—172, Hafer 149—156, Weizenmehl 81,25—84,75, Roggenmehl 73,30—84,40, Weizenflocke 10—10,40, Roggenflocke 9,85 bis 10,25 Reichsmark ab markt. Stationen. — Handels-rechtliche Lieferungsbedingungen: Weizen März 250—258, Mai 266½—265½, Juli 272½—271½, Roggen März 193½, Mai 202—200, Juli 201½—200 Brief. Hafer März 167—166, Mai 178—175 Brief.

Polscher Produkte vom 2. März. Roggen 23—23,50, ruhig; Weizen 24,40, weiß 24,50, ruhig; Gerste 19,50 bis 20,50, weiß 21—22, ruhig; Hafer 20,25—20,75, ruhig; Roggenmehl 35,50—36,50, ruhig; Weizenmehl 36,50—38,50, ruhig; Roggenflocke 14,50—15, ruhig; Weizenflocke 13,75—14,75, ruhig; Roggenflocke 13—15, Konsumant 30—37, Hen 7,75—8,25. Allgemeine tendenz ruhig.

Geheilte Feindschaft / Ein wahres Erlebnis

In einem entlegenen Dörfchen Süßfrankreichs befand sich während des Krieges ein Zirkelkammerlager. Während des Tages war es den Gefangenen erlaubt, einige Stunden das Lager zu verlassen und sich in der Distanz aufzuhalten. Eine Gruppe von Frauen und Kindern suchte in den Büschen des Lagers. Gingen nun mehrere in den Ort, so waren sie stets der Spott und Feindschaft der kleinen Bauernfamilien ausgesetzt.

Seine Ermahnungen und Vorstellungen oder Drohungen halfen. Die kleinen Kinder aber, die Worte hinter den Rücken, kleinen Mädchen her.

Besonders ein Kind, das etwa 12-jähriger Junge namens Jean. Im Schilde einer Kugel führte er den Kindern auf, warf Steine, schimpfte und freute die Dinge.

Seine Mutter war eine brave Frau, stellte ihn zur Weite, in der Straße lag er, aber es half nichts. Einmal eines Tages, nun unter dem Jean mit anderen Jungen eine Feindschaft in der Umgebung. Sie hatten einen kleinen, hohen Felsen von der Rückseite des Lagers aus, Jean weckte, daß er an der sich abfallenden Vorderseite hinab kletterte. Jean wollte mitmachen.

Während die anderen noch oben lagerten, begann er den Felsen zu klettern. Anfangs ging alles gut. Jean konnte sein Fuß festhalten. Von Zeit zu Zeit ließ er seinen Kameraden zu.

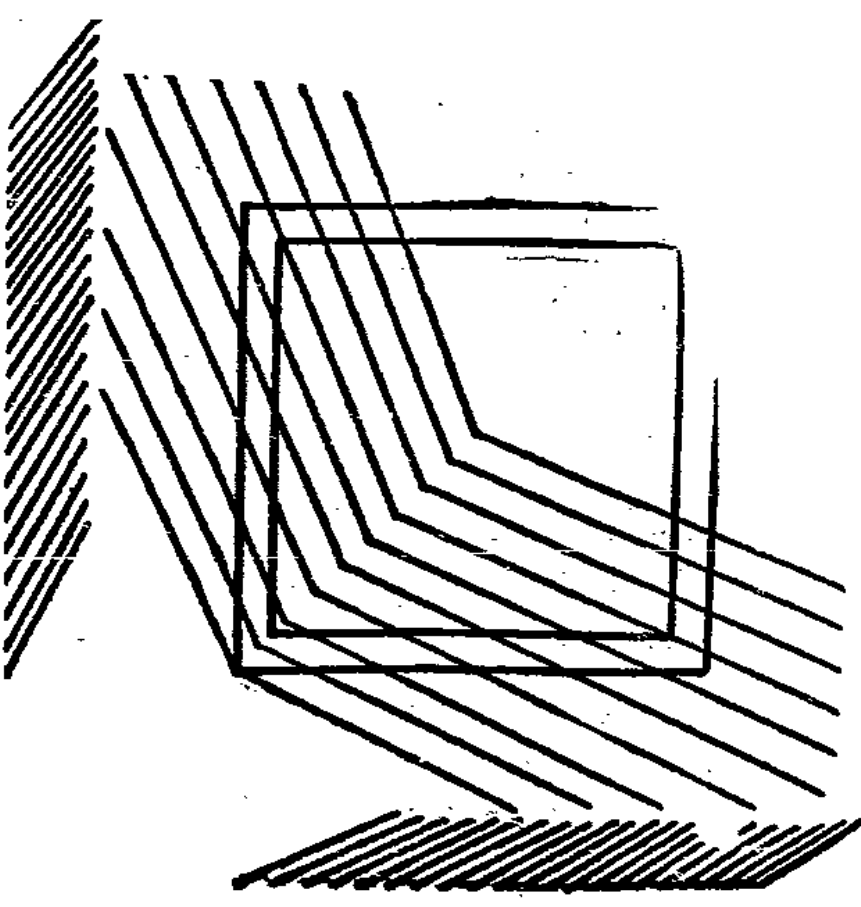
Da plötzlich löste sich ein Felsstück, worauf der Junge fiel, und er lagte sich unglücklich, daß er auf einer etwas steileren Felswand, weit vorliegenden Felswand wie leblos liegen blieb.

Vor Schreck harr, standen die Kameraden da. Einer wagte sich ihm nachzulaufen und zu helfen. Und bis Hilfe aus dem Ort kommen konnte, verging ein Tag.

Die Kinder auf dem Fels oben, auch nicht älter als Jean, zitterten und waren zitternd. Da kamen plötzlich die fremden Jungen aus dem Lager auf dem Felsen an. In ihrer Not erzählten Jean's Freunde den Bergang des Unfalls, Jant und Elert vergessend.

Optische Täuschung

Ist das Quadrat selbst gezeichnet?



Gezeichnet ist es nicht, es ist nur eine optische Täuschung.

Johann denkt nach

Es war in der Zeit, als man noch mit Pferd und Wagen fuhr, wenn man eine Kiste machen wollte, und viele damals begab sich ein Kaufmann aus Brandenburg auf eine Geschäftsreise, die ihn nach Ungarn führte.

Er kam mit seinem „Johann“, einem Knecht in ein Dorf, dessen Bewohner als die gefährlichsten Pferdekliebe weit und breit bekannt waren.

Und der Kaufmann mußte von vielen außerordentlichen Taktiken der Dörfler, und um nicht etwa seine Pferde einzuwickeln, beachte er, die Nacht im Wagen abzubringen. Johann wurde informiert, die Pferde seien anzuhalten, und außerdem sollte er auf dem Hof bleiben und wachen.

„Wir klettern hinab“, sagten zwei kräftige, deutsche Jungen, „und mit Hilfe eines dicken Wasserkessels lassen wir Jean von der Terrasse zum nächsten Felsvorsprung hinab. Von dort klettert ihr ihn hoch, wenn ihr den Weg, den ihr gekommen seid, zurückgeht und den Fels von der andern Seite erreicht. Diese erstreckt sich weit höher.“

„Ihr werdet klettern, wie er“, warnten die Franzosen. Die beiden deutschen Jungen prüften das Ziel, das sie sich ausgesucht hatten, und fanden es nicht zu schwierig.

Vorsichtig kletterten sie dann den gefährlichen Fels hinab. Ausgewählte Felsstücke benutzten sie. Keiner der anderen hatte so etwas gewagt.

Doch das Glück war mit den Jungen und nach kurzer Weile kamen sie wohlbehalten unten an. Jean kletterte und kletterte, da er glaubte, der Fels sei an seinem Ende.

Wegren konnte er sich jedoch nicht. Einige seiner Kameraden waren unterdessen auf dem unteren Fels angekommen. Droben packten die kleinen deutschen Kletterer kräftig an und ließen den vorsichtig angelegten Jean langsam hinab. Wieder hatten sie Glück.

Er kam wohlbehalten unten an und lag still im Gras.

Aber jetzt war alles anders. Die beiden Helfer oben auf dem Felsvorsprung konnten nicht hinunter und mußten den gefährlichen Weg zur Höhe zurück.

Daß verwechselten sie selbst, — sie waren so auch noch Kinder! Ihr Mut und die Gewissheit, ein gutes Werk getan zu haben, gab ihnen schließlich Kraft, und unter dem Fels der Felsvorsprung kletterten sie oben an.

Auf dem gewünschten Wege eilten sie nun zu der Stelle, wo Jean noch im Gras lag. Ohne viel Worte ließen sie, den stehenden Fels an und ließen die Felsvorsprünge.

Von nun an hatte alle Feindschaft ein Ende. Deutsche und Franzosen wurden gute Kameraden.

W. D. P. e. r. m. a. n. n.

„Johann, schließ dein Auge! Die Spitzbuben sollen dies- und das nachsehen haben!“

„Zwei Stunden etwa waren vergangen, da wachte der Kaufmann im Innern des Wagens auf. „Johann!“ rief er sofort.

„Ja, Herr, was ist's?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Was ist's, Herr?“

„Wie nicht ein Mann gekommen...“ / Nach dem Geschehen

Der Winter ist bis jetzt noch nicht allzu kalt gewesen, aber jetzt hat es aber doch einige Tage. Aber dem kleinen Reich war der Frost nur noch eine kleine Unannehmlichkeit, die langsam über ihn kam.

Es war an einem Sonntag, als er sich mit einem kleinen Boot auf dem See aufmachte. Er wollte sich ein wenig ausruhen und die Natur genießen. Er war ein ruhiger Mann, der sich gerne in der Einsamkeit aufhielt.

Als er sich auf dem See befand, sah er plötzlich einen Mann, der sich in das Wasser warf. Er wollte ihm helfen, aber er war zu weit entfernt. Er sah nur, wie der Mann unter Wasser verschwand.

Er dachte an den Mann, der sich in das Wasser warf. Er wollte wissen, wer er war und warum er das tat. Er beschloß, nach ihm zu suchen.

Republik der Elbflut



Ein „Elbfluter“ in der Berliner Elbflut. Ein junger Mann, der sich in der Elbe badet. Er ist ein typischer Berliner, der die Elbe als einen Ort zum Entspannen und Ausruhen betrachtet.

Jetzt hätte sich nicht sein Mann, ein Mann, der sich in das Wasser warf. Er hätte ihn nicht gesehen. Er hätte ihn nicht bemerkt.

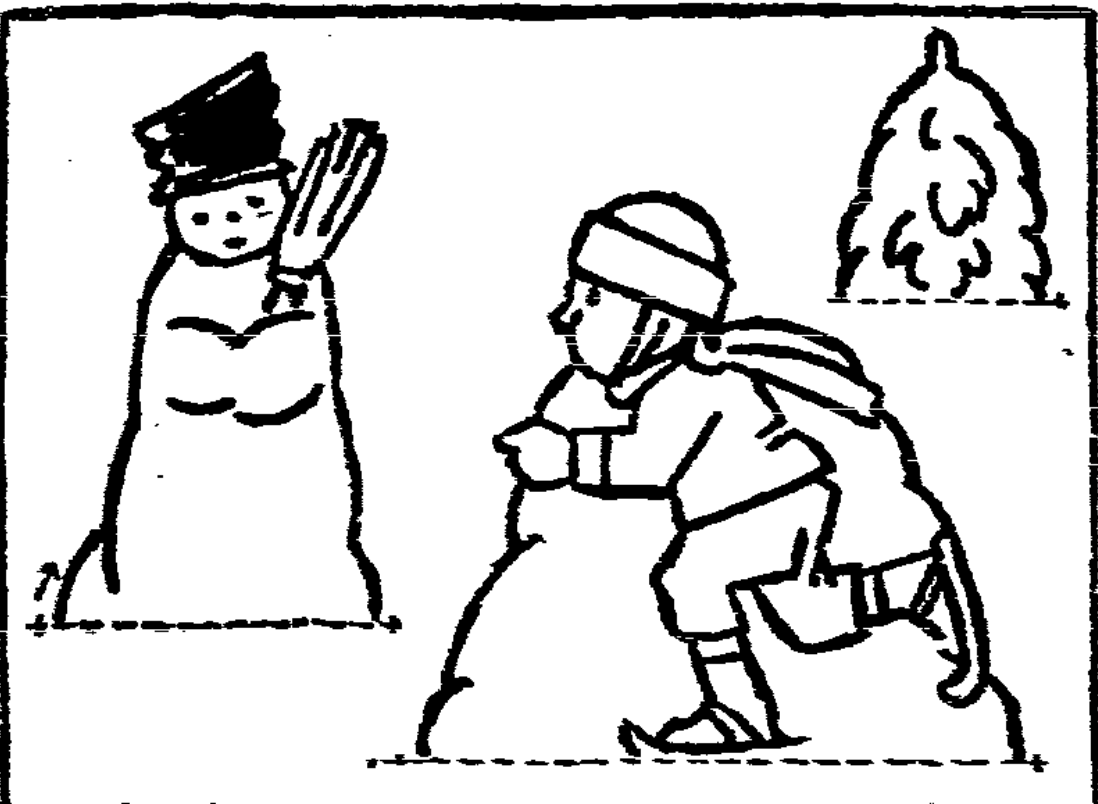
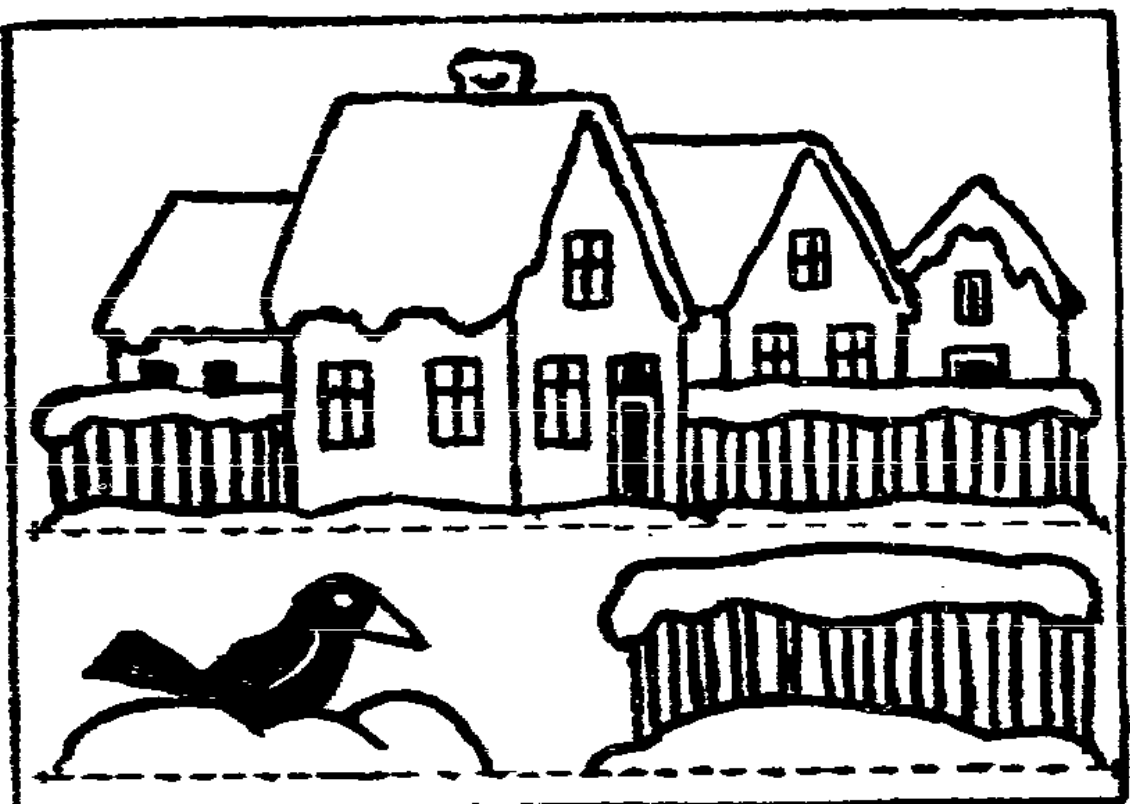


Der Mann, der sich in das Wasser warf, war ein Mann, der sich in das Wasser warf. Er war ein Mann, der sich in das Wasser warf.

Ueberflut

Ein Mann, der sich in das Wasser warf, war ein Mann, der sich in das Wasser warf. Er war ein Mann, der sich in das Wasser warf.

Aufstell-Bilder / Wie das gemacht wird?



Wie das gemacht wird? Wie das gemacht wird? Wie das gemacht wird?

Wie das gemacht wird? Wie das gemacht wird? Wie das gemacht wird?

Aus aller Welt

Eineinhalb Jahre Gefängnis für Ragenellenbogen?

Vor dem Urteil im Schultheiß-Prozess — Die Unträge des Staatsanwalts

In dem Berliner Prozess gegen die Generaldirektoren der Schultheiß-Papenhofen A.G. beantragte Oberstaatsanwalt Sturm am Mittwoch gegen den Hauptangeklagten Ludwig Ragenellenbogen wegen Bilanzverschleierung, Untreue und Prospektbetruges insgesamt 1½ Jahre Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, eventuell fünf weitere Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft soll Ragenellenbogen, der als einziger Angeklagter in Haft sitzt, voll angerechnet werden.



Generaldirektor L. Ragenellenbogen.

Gegen Generaldirektor Penzlin beantragte Oberstaatsanwalt Sturm wegen Bilanzverschleierung drei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, für die im gegebenen Falle ein Monat Gefängnis einzusetzen ist, wegen Prospektbetruges sechs Monate Gefängnis und weitere 10 000 Mark Geldstrafe. Diese Strafe soll in sieben Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe zusammengezogen werden. Für den Angeklagten Sobornheim hält die Staatsanwaltschaft vier Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, gleichfalls wegen Bilanzverschleierung, für angemessen. Der Antrag gegen den Angeklagten Kuhlman lautet auf zwei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Gegen Generaldirektor Junke beantragte der Oberstaatsanwalt schließlich wegen Bilanzverschleierung insgesamt 30 000 Mark Geldstrafe, davon 10 000 Mark an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von einem Monat.

In ihren Plädoyers gaben die Anklagevertreter ein umfassendes Bild der zweifelhaften Geschäfte der Angeklagten, in Bild, das die skandalöse Mischwirtschaft im vielverzweigten Schultheiß-Konzern in den Details aufzeigte.

Schloßbrand in Schlefien

Das zwischen Schosdorf und Welteräsdorf (Schlefien) gelegene Schloß Kessel-Schosdorf wurde am Mittwochmorgen durch Großfeuer zerstört. Der gesamte Mittelbau ist ausgebrannt. Der größte Teil der Inneneinrichtung blieb erhalten.

Der fischengebliebene Kinderwagen

Schnell aufgeklärte Sensation

Die 28jährige Ehefrau Käthe Voell in Berlin wurde mit ihrem 1½jährigen Söhnchen Dettien und der 18jährigen Hausangestellten Helene Siebia seit Dienstag vermisst. Die Frau hatte mit der Hausangestellten und dem Söhnchen, das in einem Kinderwagen gefahren wurde, gestern die Wohnung ihres Ehemannes in Charlottenburg verlassen und das Warenhaus Tietz in der Wilmersdorfer Straße aufgesucht. Seitdem fehlte jede Spur von den drei Personen. Vermisst der leere Kinderwagen wurde am Samstag in dem Warenhaus aufgefunden. Die Frau soll in der letzten Zeit häufig Selbstmordgedanken geäußert haben.

Wie ich Goethe sehe ...

Von
Hanni Lehmann

Für das Jahr 1932 ist die Bezeichnung „Goethe-Jahr“ geprägt worden. Als Mittelpunkt für geplante Veranstaltungen steht an erster Stelle Weimar, danach Frankfurt. Gegen die Art, in der das Goethe-Jahr vorbereitet und organisiert wurde, sind allerlei Bedenken laut geworden. Man findet es geschnitten, daß es stellenweise als Reklame zur Hebung des Fremdenverkehrs erscheint und man wehrt sich — vor allem in Kreisen der Selbstkultivierenden, der Schriftsteller — dagegen, daß gerade diese Selbstkultivierenden beiseite geschoben werden, die Vorzüge in der Goethe-Woge so gut wie ausschließlich Vertretern der Literaturwissenschaft an Universitäten übertragen worden sind. Dieser Vorwurf ist nicht unberechtigt. Wir sind in literarischen Gesellschaften verschiedener Art gewöhnt, das ästhetische und theoretisierende Moment überhand in den Vordergrund geschoben zu sehen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es einen Kreis von „Goethe-Philologen“, der kleinste Kleinigkeiten äußerlicher Art wichtig fand. Einer schrieb einmal ausführlich darüber, daß Goethe gern Teltower Rübsen gegessen habe, weil er in einem Briefe seinen Berliner Freund Zelter bittet, ihm etwas von dem genannten edlen Bodenerzeugnis zu schicken.

„Wer was Lebendes will beschreiben,
Sucht erst den Geist hinaus zu treiben“.

so charakterisiert Goethe im „Faust“ solche Kathedergelehrsamkeit, bei der kein Leben übrig bleibt.

Aber Goethe ist nicht nur für seine Zeit lebendig, sondern, wie ich ihn sehe, verwachsen mit den großen Menschheitsproblemen verschiedener Art, die uns auch heute beschäftigen. Er hat Formen veränderter Lebensgestaltung, um die wir kämpfen, vorausgesehen. Hätte man das gegenwärtig angezeigt, so würde ein Goethe-Jahr ganz anders als Erlebnis die breite Masse des Volkes erfassen können. Dies geschieht nicht — das muß man sich offen eingestehen — und darauf trägt nicht nur der Druck der Zeit Schuld. Vielmehr rührt das daher, daß Goethes Wesen zwei Seiten hatte, eine, die menschliche Erleben tief und leidenschaftlich fühlte, eine zweite, die sich dann bei dem Altern mehr und mehr in den Vordergrund hob: die Art des abgeklärten Schönheitsmenschen, der die Harmonie suchte. Noch mehr aber trägt die Einseitigkeit Schuld daran, daß die zweite Welt immer wieder herausgestellt wurde in der literarischen Art

Die seit gestern vermiste Käthe Voell, ihr 1½jähriges Söhnchen und die Hausangestellte sind gestern bei einer ihrer befreundeten Familie in Berlin wiederaufgefunden worden.

Raubmord in Berlin N

Erschossen aufgefunden

Gestern Abend gegen 21.15 Uhr wurde der Mitinhaber der Futtermittelhandlung Gebrüder Meyerhardt, der 37jährige Kaufmann Julius Meyerhardt, im Altk der Straße 2, in Berlin, wo er mit seiner Mutter wohnte, von einem heimkehrenden Hausbewohner erschossen aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um zweifelsfrei um einen Raubmord, da die braune Aktentasche, in der Meyerhardt abends die Tageseinnahme des Geschäftes am Nordbahnhof in seine Wohnung zu bringen pflegt, bei dem Erschossenen nicht vorzufinden wurde. Von den Tätern fehlt zurzeit jede Spur.

Feuer auf dem Schießplatz Berlin-Regel

Die Funkstation bedroht

Auf dem Tegeler Schießplatz bei Berlin brach gestern nachmittags ein Brand aus, der über zwei Quadratkilometer Heide, Unterholz und Hochwald vernichtete. Die Funkstation auf dem Tegeler Platz ist gefährdet. Das Feuer nahm immer größere Ausdehnung an.

Todesurteil in Ungarn

Wieder Standgericht

Das Standgericht in Budapest verurteilte gestern den Schreiber Lich, der den Notar von Radawa mit 88 Viehtieren erschlagen und beraubt hatte, zum Tode durch den Strang. Das Urteil wurde zwei Stunden nach der Verkündung vollzogen.

Dies ist die elektrische Taschenuhr



Die elektrische Taschenuhr, deren Konstruktion dem Genfer Uhrmacher Georges Pellaton nach 12jährigen Versuchen gelang. Die Uhr, deren Gehäuse vollständig geschlossen ist, hat nur die Größe einer gewöhnlichen Taschenuhr. Sie ist mit einem winzigen elektrischen Akkumulator ausgestattet, der ein ganzes Jahr ausreicht. Der Akkumulator kann, wenn er verbraucht ist, durch Anschluß an das Lichtnetz wieder aufgeladen werden.

Ausgrabung einer Mitterstatue in Athen. Die von einer amerikanischen Gesellschaft in Athen vorgenommenen Ausgrabungen haben eine wundervolle Marmorstatue zutage gefördert, die von Sophokles als ein Werk des Kallimachos (4. Jahrhundert v. Chr.) angegeben wird. Man ist sich noch nicht darüber einig, ob man den Fund als eine Statue der Apollon oder der Nike ansprechen soll.

von Kreisen, die sich bei der Pflege von Goethes Gedächtnis in den Vordergrund stellten. In der Spitze der Goethe-Gesellschaft stand jahrelang der ultra-reaktionäre Berliner Professor Käthe. Die Gesellschaft lehnte vor zwei Jahren Thomas Mann als Vorstandsmitglied auf Grund seiner politischen Einstellung ab. Mit dieser Einseitigkeit geschieht Goethe Unrecht.

Vor einigen Jahrzehnten begann Kerckhoffstein den Kampf für die „Arbeitschule“ anstelle der früheren „Vernachlässigung“. Der Kampf für eine freiere Gestaltung des Lebens in der Schule ist speziell von der sozialistischen Lehrerschaft geführt worden. Das Vorbild gibt Goethe in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ mit der pädagogischen Provinz.

In den „Wahlverwandtschaften“ tippt das ganze Problem der Ehe in der naturnotwendigen leiblichen Zusammengehörigkeit von Menschen, die an einen andern Partner ehelich gebunden sind. Daneben wird die Frage der Zellebeziehung, die nur auf fünf Jahre geschlossen wird, einer Probezeit, dreimal soll man probeweise heiraten und ohne weiteres geschieden werden können, ehe eine Ehe als unlösbar gilt; ja, sogar einen Eheberater zeigen die „Wahlverwandtschaften“.

Goethes Stellung zur Rechtsprechung, um deren zeitgemäße Gestaltung wir täglich kämpfen, äußert sich in Worten, wie: „Es erben sich Gutes und Rechte wie eine ewige Krankheit fort“ — und weiter: „Von Rechten, das mit uns geboren, von dem ist leider nie die Frage.“ — Goethe dachte dabei an das sogenannte „Naturrecht“, das damals propagiert wurde, aber ist nicht der Kampf um das Recht, das mit uns geboren, auch der eigentliche Kampf des Sozialismus? Und die Frage der Einwirkung der Lebensumstände auf schuldhaftes Verhalten ist wohl kaum jemals stärker beantwortet worden als in der Anklage gegen die Gesellschaft:

Ihr laßt den Armen schuldlos werden,
Dann überlaßt ihr ihn der Pein.

Im „Faust“ hat Goethe die Tragödie der unehelichen Mutterchaft dargestellt, aber — Goethe als Minister hat dem Todesurteil über eine uneheliche Mutter zugestimmt, die ihr Kind getötet hatte. Darin zeigt sich die Zweifelhafteit seines Wesens, die ich so sehe: Was Gutes und Ordnung ist, muß gewahrt werden, auch wenn es innerem Empfinden nicht entspricht. Strafe ist Ehre: Greifen wird „gerechtfertigt“ und dadurch „gerechtfertigt“. Ähnlich ist der Gedankengang, wenn in den „Wahlverwandtschaften“ die Heiligkeit der Ehe betont wird und gleichzeitig sich alles Empfinden gegen die bindende Form, an der zwei Menschen zerbrechen, kränkt. Dies Binden an äußere Ordnung, an die Form, das ist die zweite Seite von Goethes Wesen, die

Französisches Postflugzeug abgeführt

Drei Insassen als Leichen gefunden

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, sind in der Nähe des Leuchtturms von Cerita die Leichen von drei Insassen des französischen Postflugzeuges gefunden worden, das auf Buenos Aires abgeführt ist.

Sturm auf Kohlenhalben

Die Not drängt dazu

Die Kohlenhalben der stillgelegten Zeche Rhein I der Vereinigten Stahlwerke in Walsum wurden gestern von annähernd 500 Personen an verschiedenen Stellen zugleich gestürmt. Die Polizei hat 30 Personen festgenommen.

Bevorstehender Rücktritt des Intendanten des Berliner Staatstheaters



Intendant Regal,
dessen Rücktritt von der
Leitung des Staatlichen
Schauspielhauses in
Berlin bevorstehen soll.



Max Reinhardt,
der als Nachfolger Regals
genannt wird.

Es waren alles „prima Leute“

Die Wilhelms der Stadtbank

In der Mittwoch-Verhandlung im Sklarek-Prozess äußerte sich der als Zeuge vernommene Stadtbankdirektor Dr. Lehmann über den Ruf, den die Firma Sklarek bei der Stadt Berlin genoss. Der verstorbene Stadtrat Busch habe den Sklarek-Kredit als den „besten Kredit der Stadt“ bezeichnet; die angeklagten Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmitt hätten stets versichert, daß die Sklareks „prima Leute“ und über jeden Zweifel erhaben seien.

Der Zeuge erzählte weiter von den wilhelminischen Manieren Hoffmanns, der ein Tyrann im Bestenfallsform, den ganzen Betrieb fast militärisch organisierte, immer große Volksreden, aber auch „philosophische“ Ansprachen hielt. Die philosophischen Bemerkungen Hoffmanns, der seinen typischen Minderwertigkeitskomplex

häufig durch Gebrüll abzureagieren versuchte

hätte, seien im übrigen krasser Dilettantismus gewesen: einmal sei Leo Sklarek ganz verweigert aus Hoffmanns Zimmer gekommen und habe gerufen: „Jetzt habe ich anderthalb Stunden mit Hoffmann philosophieren müssen, und ich wollte doch ganz etwas anderes!“

Der Zeuge gab ferner eine anschauliche Charakterisierung des angeklagten Stadtbankdirektors Dr. Schmitt, der in seinem Zimmer eine recht merkwürdige Schließvorrichtung anbringen ließ: „Er brauchte nur auf einen Knopf zu drücken, dann war die Tür für jeden verschlossen. An manchen Tagen ist es mir überhaupt nicht möglich gewesen, zu Schmitt zu gelangen. Einmal habe ich es 33mal vergeblich versucht.“ (Große Heiterkeit.)

In der Freundschaft gegen Lehmann lag Methode:

Stadtbankdirektor Schmitt hat konsequent darauf hingearbeitet, den ihm unbequemen Dr. Lehmann aus dem Kreis derjenigen Personen, die den Sklarek-Kredit „bearbeiteten“, auszuschalten. So veranlaßte Schmitt eine Freizügigkeit derjenigen Bestimmung in den Sparfahrsatzungen, nach der der Syndikus des Instituts der Stellvertreter des geschäftsführenden Direktors war. Vorhänder: „Man war also gegen die Juristen.“ Zeuge Dr. Lehmann: „Sie waren unbeliebt.“

mehr und mehr vorherrschend wird, das Verlangen nach ruhigem Gleichmaß, harmonischer Lebensgestaltung, vielleicht eine Reaktion gegen früheren Ueberchwang. Dies Sehnen nach Harmonie hat man als Orchestertum, ein Leben in Schönheit bezeichnet. Und hier ist Goethe uns fremd mit seinem Orchestertum, das nicht selten akademisch literarische Kreise gerade in den Vordergrund stellen. Fremd ist Goethe auch der Gegenwart geworden in seinem bedächtigen Prospekt, der nicht mehr dem raschen Tempo unserer Zeit entspricht, in dem man sich schwer hineinfällt, der ungewöhnlich viel nachdenkliche Betrachtung enthält. Fremd ist uns ferner manches Grundfäßliche seiner Lebensauffassung. Gegenüber seinem Anspruch „Dienen lerne begehnen das Welt nach seiner Bestimmung“, werden wir es lieber mit Bebel halten, nach dem die Frau an der Seite des Mannes tätig für den Sozialismus eintritt und sich dadurch befreit. Aber nicht vergessen wollen wir, daß Faust den höchsten Augenblick erlebt in dem Gedanken, „auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen“ in schaffender Arbeit. Man sollte es vermeiden, an die Stelle dieses lebendigen Goethes etwa ein ästhetisch gebläutes Götzenbild zu setzen, vor dem wir nicht anbeten können.

Neue Uraufführungen. Das Braunschweigische Landestheater hat für die im Mai stattfindenden Festspiele Rudolf Hartungs Oper „Der Kommerzienrat“ und Rudolf Duchs Schauspiel „Der Kirchenbau“ zur Uraufführung angenommen.

Wiener Uraufführung mit Ernst Deutsch. Am 14. April wird am Burgtheater in Wien das Schauspiel „Djag“ von Mayer und Hundt mit Ernst Deutsch in der Hauptrolle zur Uraufführung gelangen. Zugleich wird der Oberregisseur des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, Arnold Maré als Regisseur auf Engagement gestiegen.

Eine Wallace-Uraufführung zu vergeben. Eines der hinterlassenen Stücke von Edgar Wallace, „Das indische Loch“ ist soeben ins Deutsche überführt worden und erscheint im Verlag von Felix Bloch Erben. Es steht noch nicht fest, an welcher Bühne die Uraufführung stattfinden wird.

100 000 Dollar für die Münchener Kunstausstellung. Das neu errichtete Kunstausstellungsgebäude in München hat von Seiten des Deutsch-Amerikaner-Komitees eine Stiftung von 100 000 Dollar zur Durchführung großartiger Kunstausstellungen erhalten.

Gründung einer Operngemeinschaft Süddeutschlands. Die Theater von Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim und Freiburg i. Br. haben eine Operngemeinschaft vereinbart, die in erster Linie die gemeinsame Beschäftigung erstklassiger Opernsolisten bezweckt, deren Engagement den einzelnen Bühnen nicht möglich wäre.

